

# Guzialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
ganzzährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich 1600.

4. Jahrgang.

Sonntag, 15. Juni 1924.

Nr. 140.

## Der Fascio als Mörder.

Fascistische Ordnungsbanden haben am Dienstag in Rom den sozialistischen Abgeordneten und Sekretär der sozialistischen Einheitspartei am helllichten Tage und auf offener Straße überfallen, in ein bereitgestelltes Auto gehoben und an einen einsamen Ort in der Campagna geführt, wo sie ihn ermordeten. Tage hindurch blieb das schändliche Verbrechen unbekannt, es fehlte von dem Ermordeten jede Spur und sein Verschwinden war in geheimnisvolles Dunkel gehüllt, obwohl, wie sich später herausstellte, mehrere Männer es sahen, als Matteotti entführt wurde, seine Hilferufe hörten und sogar die Nummer des Autos kannten, in dem das Opfer verschleppt wurde. Das zeigt, bis zu welchem Maße die Einschüchterung der Bevölkerung durch die Schrecken des fascistischen Ordnungsregimes gediehen ist. Passanten sehen zu, wie ein Mensch mit Gewalt entführt wird, sie wagen aber den Räubern nicht entgegenzutreten, denn sie wissen, daß dann auch ihr Leben verwirkt wäre, ja, sie wagen nur heimlich die polizeiliche Anzeige über ihre Wahrnehmungen zu erstatten und verschweigen auch dann noch immer die Nummer des Autos, aus Furcht, ihre Angaben könnten ihnen die Nachsicht des Fascio an den Hals heften. Das ist das heutige fascistische Italien wie es leidet und lebt, das Land der Mussolinischen Ordnung und Gestattung, für das auch unser Bürgertum eine bald heimliche, bald laute Bewunderung zeigt. Und die Täter waren nicht irgendwelche fascistische Pubertätsjünglinge, deren verstiegener romantischer Sinn ihnen die Ermordung eines politischen Gegners als höchste Verletzung des Patriotismus erscheinen läßt, sondern, wie schon jetzt feststeht, hervorragende Funktionäre der Ordnungsbanden Mussolinis; die Spuren des Verbrechens führen unter anderem auch in die Zeitung des fascistischen Blattes „Corriere d'Italia“.

Was aber war die Verhängung Matteottis, daß ihm die fascistische Mafia, die heute Italien in ihren Fängen hält, Rache schwor, daß sie ihn mit einer Schuld beladete, die nur durch seine Ermordung ausgetilgt werden könnte? Er hat, bald nach Zusammentritt der neugewählten Kammer eine schneidige Rede gehalten, in der er es wagte, die fascistischen Wahlpraktiken und den gegen die oppositionellen Wähler ausgeübten Terror, dem Mussolinis Wahlerfolg zuzuschreiben ist, zu brandmarken. Ein Abgeordneter, der sich unterfängt, die Schandtat des sakrosankten Fascismus zu geißeln, das darf in einem Lande, das des Segens fascistischer Ordnung teilhaftig ist, nicht gebüdet werden! Im Lande draußen herrscht längst das Schweigen des Friedhofs, jede selbständige Regung ist erstickt, wer aufmuckt, muß gewärtigen, daß ihm zur Läuterung seiner Seele Rhizinusöl eingebläut, seine Wohnung demoliert und angezündet, oder ein Messer zwischen die Rippen gestochen wird. Doch da gibt es noch einen Ort, von dem Vermessene glaubten, daß an ihm die Freiheit der Rede gewährleistet sei, das ist das Parlament. Bei den Wahlen geschah Unerhörtes, damit Mussolinis Barrierefeste die Mehrheit in der Kammer ergattert, die oppositionellen Parteien waren durch Gewalt an der Wahltagitation gehindert und durften während der Wahlbewegung nicht einmal Wählerversammlungen abhalten. Matteotti glaubte nun, daß über diese schurkischen Wahlen wenigstens in der Kammer ein offenes Wort des Protestes gesagt werden dürfe. O ja, sagt der Fascio, ihr dürft im Parlament sprechen, denn leider gibt es noch ein solches, aber seht zu, was euer dafür außerhalb der Mauern des Parlamentes wartet! Ihr habt gesüßige Wameln zu sein wie wir, die wir in Mussolini unseren César erblicken, an dem alles wohlgetan ist. Matteottis Ermordung sollte nicht nur ein Mordakt, sondern auch ein Warnungszeichen für alle sein, die auch jetzt etwa noch gegen den Stachel zu löten wagen. Seht, so ergeht es euch,

## Matteottis Ermordung.

Mussolini: „Bestialität, Verbrechen, Idiotie.“

Rom, 13. Juni. Zu Beginn der Kammer Sitzung, an der nur die Mehrheit teilnahm, erklärte Präsident Rocca, während das Haus sich erhoben hatte, die Regierung habe alles unternommen, um die Schuldigen der Gerechtigkeit zu übergeben. Nachdem einige Redner der Mehrheit ihrem Bedauern über die Tat Ausdruck gegeben hatten, ergriff Ministerpräsident Mussolini das Wort und erklärte, daß die Schuldigen aufgefunden und dem Gericht übergeben würden. Wenn irgend jemand in diesem Saale das Recht habe, betrübt zu sein, sagte der Ministerpräsident, so bin ich es. Nur ein Feind von mir konnte das Verbrechen begehen. Meine letzte Rede vom Samstag hat im ganzen Lande Widerhall gefunden und nun diese Bestialität, dieses Verbrechen! Aber es wird nicht unüberwindlich sein der Prozess der moralischen Wiedergeburt unterbrechen können. Der Gerechtigkeit wird Genüge geschehen; spätestens heute nachts noch werden die Täter und ihre Auftraggeber festgenommen sein. Man kann ein summarisches Verfahren wünschen; sagt es und es wird geschehen! (Rufe: „Rein!“) Da dies nicht möglich ist, darf man eine ungeliebte und idiotische Episode nicht mit der allgemeinen Politik der Regierung in Zusammenhang bringen. (Beifall.) Die Nation darf ihr Vertrauen zur Regierung nicht verlieren. Das Verbrechen ist antifascistisch in seiner Natur und antinational und mehr noch als fürchtbar; es ist von einer bestialischen Dummheit. Man darf nicht ärgern, zwischen Politik und Verbrechen zu unterscheiden. Ich will, daß die Bürger Italiens den Unterschied erkennen zwischen der Zone der Opfer und jener der Pflicht. (Lebhafter Beifall.)

### Der Haupturheber verhaftet.

Berlin, 14. Juni. Mehrere Blätter melden über das Verschwinden Matteottis: Als Haupturheber der Entführung Matteottis ist der toscanische Faschist Dumini verhaftet worden, der sich in politischen Kreisen der Hauptstadt reger betätigt, aber unlängst aufgefordert wurde, das Ministerium des Inneren nicht mehr zu betreten. Außerdem wurde ein gewisser Daccola in Florenz und ein gewisser Putato in Mailand als Mitäter festgenommen. Dumini hatte das Auto mit einer Empfehlungskarte des Direktors des fascistischen Blattes „Corriere d'Italia“ unter dem Vorwand abgeholt, es diene für das Ministerium des Inneren. Der Direktor der

Zeitung, Cilibelli, wurde daraufhin vor die Polizei geladen und vorläufig festgehalten. Als Ursache der Entführung betrachten die Sozialisten den Umstand, daß Matteotti im Besitze von Dokumenten über schwere finanzielle Unterschleife einer politischen Persönlichkeit war. Diese Dokumente wollte er in der Kammer vorbringen. Außerdem hatte er eine Rede über den Petrovertrag und über die Spielhöllen mit Dokumenten gegen den Unterstaatssekretär des Inneren Finzi vorbereitet.

### Mobilisierung der Miliz.

Mailand, 14. Juni. (Schw. Dep. Ag.) Nach einem Telegramm des „Setolo“ hat in ganz Italien die Nationalmiliz den Mobilisierungsbefehl erhalten. Die Angehörigen der Miliz müssen sofort in ihre Kasernen einrücken.

### Kein Zögern mehr!

Rom, 14. Juni. (Schw. Dep. Ag.) Die unitarisch-sozialistische Partei erklärt einen Aufruf an ihre Parteigenossen, in welchem sie aufgefordert werden, die Leitung zu übernehmen, da die traurige politische Lage kein Zögern mehr zulasse. Die in Rom anwesenden Mitglieder der Parteileitung tagen in Permanenz, um sich über die Untersuchungen der Polizei in der Affäre Matteotti zu orientieren.

Die maximalsozialistische Partei veröffentlicht im „Avanti“ eine Rundgebung an das Proletariat, in welcher vor Manifestationen auf der Straße abgeraten wird. Die Arbeitermassen werden aufgefordert, die Parole der verantwortlichen Parteioorgane genau zu befolgen.

### Mitritte infolge des Verbrechens.

Rom, 14. Juni. Die Agenzia Stefani meldet: Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Inneren und stellvertretender Kommissär für Disziplinarität Finzi ist, da sein Name mit dem an Matteotti verübten Verbrechen, das er heftig verurteilt, in indirekten Zusammenhang gebracht worden ist, zurückgetreten, um für die Verteidigung gegen die Verleumdung seiner Gegner Freiheit zu erlangen. Ministerpräsident Mussolini hat die Demission angenommen, wobei er das Vorgehen Finzi als vornehm und mutig würdigte und dessen Gegner aufforderte, ihre auf jenen Gerüchten beruhenden Anwürfe genauer zu fassen.

wenn ihr, sei es auch nur mit Worten, euch gegen den Herrscher Italiens aufzulehnen wagt! Nach den aus Rom eingelangten Berichten soll Mussolini schon über das Verschwinden Matteottis empört gewesen sein und er habe den strengsten Befehl zu Nachforschungen nach dem Verschwindenden gegeben. Er soll sogar in der Aufregung eine schlaflose Nacht verbracht haben. Als Matteottis Leiche gefunden war, besuchte er sich, der Kammer mitzuteilen, daß die Urheber der Tat der Bestrafung nicht entgehen würden. Mit einem Wort, er gebärdete sich, als wäre er durch die Untat seiner Getreuen aufs höchste erschüttert und als würde er die Menschlichkeit auch im politischen Leben für ein stilles Gebot halten. Aber durch diese scheinbaren Regungen der Moral lasse sich täuschen wer will; unter diesen Leichtgläubigen, welche die Krokodilstränen Mussolinis für echte nehmen, werden nur solche sein, die sich täuschen lassen wollen.

Wenn Mussolini empört tut, so nur deshalb, weil die Mordtat seiner Schwarzhenden zu einer ihm ungelegen scheinenden Zeit erfolgte und weil sie ihm das Konzept verdirbt, das er sich gerade jetzt zurechtgelegt hatte. Er weiß sehr gut, und die Wahlen haben dies auch äußerlich aufgezeigt, daß die große Mehrheit des italienischen Volkes nicht im fascistischen Lager steht, denn ohne das betrübende Wahlergebnis und ohne die Terrorisierung der Wähler, wäre die fascistische Partei in der Minderheit geblieben. Mussolini weiß aber auch, daß sogar auch die Mehrzahl der italienischen Patrioten den neuen Zustand der Dinge sehr argwöhnisch betrachtet und mit Bangen dem Ausgang entgegenfieht, denn auch diese

gehegrestreuten Bürger hüten sich, dem System der Gehehlosigkeit und der Diktatur Beifall zu zollen. Diese Bürger ließen es sich gern gefallen, als in der ersten Zeit nach dem Kriege Mussolini das durch die leidenschaftlichen und sinnlosen Experimente der Kommunisten empörte und fanatisierte Bürgertum zur Abwehr vereinigte (Fascio = Bündel, Band), doch als sich der Fascio nach Wiederherstellung der Ordnung nicht auflöste, sondern durch Umwandlung der fascistischen Banden in eine Miliz sich einrichtete, ein dauerndes Element der militärischen und politischen Staatsgewalt zu werden, konnten auch viele Patrioten über die Gefährlichkeit des Fascismus und der Diktatur ihre Bedenken nicht unterdrücken. Sie erkannten, daß eine Ordnung außerhalb des Rahmens der Gehege nicht von Dauer sein könne, und daß das Ordnungsbild, wie es Italien zeigt, auf tönernen Füßen ruhe.

Um dieses Rüstzeug zu bannen, sieht sich Mussolini genötigt, dem Fascismus den Anstrich eines Elementes der Aufrechterhaltung der Gesetzmäßigkeit und Ordnung zu geben. Darum hat er in letzter Zeit den Europäer hervorgekehrt und Versuche zur Verständigung mit den oppositionellen Schichten der Bevölkerung unternommen. Er hat erst vor einigen Tagen die Vertreter des deutschen Südtirols empfangen, in dem der Fascio gegen alle Kulturgrundlagen des Lebens der deutschen Bevölkerung vandalisch gehandelt hat, er hat die vorgetragene Beschwerden gnädigst angehört und Abhilfe versprochen. Er hat auch in der Kammer versichert, daß die Freiheit in Italien unbegrenzt und die frühere Illegalität verschwunden sei. Da kam ihm die Ermordung

Auch der Leiter des Pressebüros im Ministerpräsidentium und Mitglied des Vier-Männer-Kollegiums der fascistischen Partei Cesare Rossi hat aus den gleichen Gründen um seine Enthebung angesucht. Mussolini hat diesem Ansuchen ebenfalls entsprochen und die Gründe Rossi als korrekt in persönlicher und politischer Hinsicht anerkannt.

### Völkerbundrat.

Ungarns Sanierung. — Abrüstung.

Genf, 14. Juni. (Schw. P.-B.) Der Völkerbundrat führte am Samstag seine Beratungen unter dem Vorsitz Dr. Benes's fort. Der Generalkommissär des Völkerbundes in Budapest Smith referierte über das unter seiner Kontrolle vor sich gehende finanzielle Sanierungswerk in Ungarn. Die Emissionsbank tritt bereits am 1. Juli in Funktion. Die Verhandlungen über die Ausgabe einer internationalen Anleihe von 250 Millionen Goldkronen stehen vor einem baldigen günstigen Abschluß. Die ungarische Regierung hat mit der Verwirklichung der administrativen Reformen begonnen. Lord Parmoor (England) referierte über die Verhandlungen des ungarischen Komitees des Rates betreffend den gleichen Gegenstand. Die von ihm vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Vertreter Ungarns Kallay dankte im Namen seiner Regierung dem Völkerbundrat für die Ungarn zuteil gewordene Hilfeleistung. Eine weitere von Dr. Benes vorgeschlagene Resolution gibt der interalliierten Reparationskommission in Paris von dem Stande der Sanierung Kenntnis. Das zweite Traktandum war ein Bericht von Lord Parmoor über die Tätigkeit des Amtes für die Niederlassung und Arbeitsbeschaffung der griechischen Flüchtlinge in Thrazien, der genehmigt wurde.

Darauf beschäftigte sich der Rat mit den Fragen, welche die Beschränkung der militärischen Rüstungen betreffen. Die von der letzten Versammlung des Völkerbundes angenommene Resolution, die die Ausarbeitung und die Annahme eines allgemeinen Abrüstungsplanes und die grundsätzliche Beschränkung der militärischen Ausgaben der Mitgliedsstaaten auf die im Militärbudget des Jahres 1913 vorgesehene Summe verlangt, wurde nach einem Bericht Dr. Benes und weiteren Erklärungen in dem Sinne angenommen, daß diese Resolution, die den Charakter einer bloßen Empfehlung besitzt, den Regierungen einfach zur Kenntnis gebracht werde. Eine weitere Resolution beschäftigt sich mit der Kontrolle des internationalen Waffenhandels.

des Abgeordneten Matteotti als ein augenblicklich nicht erwünschtes Ereignis dazwischen. Mussolinis „Empörung“ soll dartun, daß er diese Mordtat als etwas, dem fascistischen Ordnungssystem weitensfremdes ansieht, aber doch erkennt alle Welt, daß auch diese bestialische Tat dem Geiste des Fascismus entsprossen ist, daß ihre Beweggründe in der Richtung gelegen sind, die der Fascismus bisher gewandelt ist und weiter wandeln muß, wenn er sich an der Macht erhalten will. Der Fascio war es, der in heimlichen nächtlichen „Strafexpeditionen“ seine aufgebehten und gut bewaffneten Jungen in vollbeladenen Automobilen ausschickte, um sozialistische Arbeiterheime, Zeitungsredaktionen und Gewerkschaftshäuser, später auch Privathäuser, zu überfallen und niederzubrennen. Der Fascio war es, der Mordtat auf Mordtat beging, ohne daß seine Anhänger befürchten mußten, von der Staatsgewalt bestraft zu werden. Niemand wird darum die plötzliche Empörung des Obermaffisten anders denn als eine Komödie und als den Kerker darüber ansehen, daß Mussolini gerade jetzt die Mordtat unerwünscht ist. Neben Mussolini wird es übrigens noch andere „Empörte“ geben, darunter ist auch die deutsche Bourgeoisie, die aus ihrer Vernarrtheit in den italienischen Diktator kaum ein Hehl macht und die betrübt sein wird, daß das Mördergeschicht des ordnungstiftenden Fascio in so eklatanter Weise enthüllt wurde. Aber die Empörung des Einen wie des Andern, sie sind von der gleichen sittlichen Qualität. Die schurkische Mordtat wird das Schuldkonto des Fascismus und seiner Bewunderer dauernd belasten!

Ed. Herriot.

Herriot - Ministerpräsident.



Frankreichs neuer Ministerpräsident.

Eine unerhörte kirchliche Unmaßnahme.

Der Klerikalismus in der Tschechoslowakei fühlt sich wieder stark genug, um den Kampf gegen Vernunft und Wissenschaft, ja selbst gegen den Staat, aufzunehmen. Die beabsichtigte Abschaffung einiger katholischer Feiertage löste einen erbitterten Angriff der kirchlichen Presse aus und dieser Angriff wird nun in verstärktem Maße wiederholt wegen eines Beschlusses der Arbeitskommission des Beirates für Schulreform. Diese Kommission erklärt nämlich: „... Der Religionsunterricht auf konfessioneller Grundlage wird der Fürsorge der betreffenden Kirche und der Religionsgenossenschaften überlassen.“

Dieser Beschluss, der, wenn er durchgeführt wird, der katholischen Kirche nicht ein Jota ihrer Rechte nimmt und ihr den Religionsunterricht überläßt, ihr also volle uneingeschränkte Freiheit gibt, beruft die frommen in eine unbeschreibliche Aufregung. Um dem Leser zu zeigen, was sich die kirchliche Presse anmaßt, wird wörtlich zitiert. In einem Artikel: „Soll das vielleicht die Antwort sein?“ Ein neuer unerhörter Anschlag gegen den Religionsunterricht. Von Direktor Josef Zaf, Prag, heißt es:

„Seit dem Umsturzjahre 1918 ist die katholische Mehrheit dieses Staates gezwungen, ihre heiligsten Güter in Bezug auf Familie, Schule und Volk einer freisinnigen, terrorisierenden Minderheit gegenüber zu verteidigen, der anscheinend die nötige Bildung fehlt, um das durch die Jahrhunderte gesprochene Urteil über die Wahrheit und Unbesiegbare der katholischen Kirche zu begreifen.“

Aus der traurigen Geschichte ihres Herzens haben sie eine neue Wissenschaft konstatiert, die mit den Gesetzen der Religion unvereinbar erscheint. Ihre Wut gegenüber aller Religion kennt keine Grenzen. Trotzdem noch 75 Prozent der Einwohner dieses Staates sich zum katholischen Glauben und fühlen bekennen, hat man die Rechte der katholischen Religion zumal in der Schule einfach mißachtet.“

Was ist seit dem Jahre 1918 eigentlich geschehen, das die heiligsten Güter der katholischen

Paris, 14. Juni. Präsident Doumergue hat heute vormittag zur festgesetzten Stunde Bienvenue-Martin und Painlebe empfangen und sich hierauf zum Triumphbogen begeben, wo er auf dem Grabe des unbekanntem Soldaten eine Palme niederlegte.

Um 11 Uhr 45 Minuten wurde Herriot im Elysee empfangen. Um 12 Uhr 15 Minuten verließ er das Präsidentenpalais und erklärte den ihn erwartenden Journalisten, daß er die Kabinettsbildung übernommen habe. Das neue Kabinett dürfte bis heute abend zusammengestellt sein. Herriot wird wahrscheinlich am 21. d. M. nach London reisen.

Die Zusammenlegung des Kabinetts.

Paris, 14. April. (Sch. B. B.) Um 6 Uhr 30 Min. abends konferierte Herriot mit seinen künftigen Mitarbeitern über die endgültige Verteilung der Portefeuilles. Folgende Zusammenlegung des Kabinetts ist im gegenwärtigen Augenblicke wahrscheinlich: Präsidium und Außenwesens Herriot, Justiz Senator Rene Renoult, gewesener Minister und persönlicher Freund Clemenceaus, Krieg General Rollet, Vorkämpfer der interalliierten Kontrollkommission, Marine Dumesnil, ehemaliger Staatssekretär für Luftschiffahrt, Inneres Chaunays, Finanzen Senator Clementel, gewesener Minister, Unterricht Francois Albert, Universitätsprofessor und bekannter Publizist, öffentliche Arbeiten Peytral, Handel Raynaldo, Arbeiten und Hygiene Justiz Godart, ehemaliger Unterstaatssekretär des Gesundheitswesens, Kolonien ehemaliger Minister Duenille, Kolonien Dala-

die Kirche in Gefahr gebracht hat? Geschaffen wurde der sogenannte „Kanzelparagraph“, der eine Abänderung einer strafrechtlichen Bestimmung ist und im Wesen die Benützung der Kanzel zu wüsten Schimpfreden und Hetereien etwas einschränkt. Der Mißbrauch der Kanzel wird doch schwerlich zu den heiligsten Gütern der katholischen Kirche gerechnet werden können; sollte es aber doch der Fall sein, um so schlimmer für eine Kirche, die der Meinung ist, durch Gebreden von der Kanzel Gott zu dienen. Geschaffen wurde weiters eine Abänderung des interkonfessionellen Gesetzes vom 25. Mai 1868, R.-G.-Bl. Nr. 49, und zwar durch Gesetz vom 15. April 1920, S. d. G. u. B. Nr. 39, wie folgt:

„Die Eltern sind berechtigt, innerhalb 14 Tagen nach der Geburt des Kindes das Religionsbekenntnis für dasselbe zu bestimmen oder das Kind konfessionslos zu lassen.“

Es folgt dann die Aufzählung jener Personen, die über das Religionsbekenntnis des Kindes zu bestimmen haben und hieraus ergibt sich das Entscheidende dieses Gesetzes, daß die Personen, die das Recht haben, das Bekenntnis (die Konfessionslosigkeit) eines Kindes zu bestimmen, auch berechtigt sind, das Bekenntnis so lange zu ändern, bis das Kind selbst das Recht erlangt hat, über sein Bekenntnis zu entscheiden. Dieses Recht erlangt das Kind nach vollendetem 14. Lebensjahr. Der Austritt aus einer Kirche muß der politischen Bezirksbehörde angezeigt werden (Artikel VI) und treten die Rechtsfolgen des Austrittes mit dem Tage dieser Anzeige ein.

Dieses Gesetz setzt die Konfessionslosigkeit der Aenderung des Bekenntnisses gleich, während vordem der Austritt aus der Kirche, ohne sich einem anderen Religionsbekenntnisse anzuschließen, der Aenderung des Bekenntnisses nicht gleichgestellt

die, Pensionen de Moro-Giafferi. Den letzten Meldungen zufolge soll das Ministerium für die besetzten Gebiete aufgehoben und dem Finanzministerium zugeteilt werden.

Das Ministerium Herriot soll auch mehrere Unterstaatssekretäre umfassen. So kommt für die Post Abg. Pierre Robert, für die Handelsmarine Meyer, für die Luftschiffahrt der Abg. Laurent Conac in Betracht. Zu bemerken wäre, daß das Ministerium für Pensionen gegenwärtig mit dem Kriegsministerium vereinigt war. Zur allgemeinen Charakterisierung dieser Zusammenstellung ist zu sagen, daß sie fast durchwegs aus Radikalen und Sozialistisch-Radikalen besteht. Die bekanntesten Gestalten des Kabinetts sind neben Herriot Rene Renoult, Clementel, sehr geschätzt als Finanzfachmann, Francois Albert, General Rollet und der als Advokat sehr bekannte Moro-Giafferi.

Die Vorstellung der Regierung.

Paris, 14. Juni. (Gavas.) Herriot hat um halb 10 Uhr das Kabinett dem Präsidenten vorgestellt. Die bereits gemeldete Liste heißt ausdrucl bis auf folgende Aenderungen: Befreite Gebiete übernimmt Dalbiez, militärische Pensionen Bovier-Lapierre. In den Staatssekretären kommt ein vierter hinzu, nämlich für technisches Unterrichtsweesen, welches dem Ministerium für Unterricht angegeschlossen ist und welches von Moro-Giafferi verwaltet werden soll. Das neue Ministerium besteht aus 18 Mitgliedern, nämlich 14 Minister und vier Unterstaatssekretären, darunter sind vier Senatoren. General Rollet gehört dem Parlament nicht an.

Vordem konnte ein Wechsel des Religionsbekenntnisses des Kindes nur bis zum siebenten Lebensjahr vollzogen werden, d. h. eine Aenderung vom erreichten 7. bis zum 14. Lebensjahr übte keinen Einfluß auf den Besuch des Religionsunterrichtes aus. Diese Starrheit ist nunmehr beseitigt, den Eltern ist durch das Gesetz vom 15. April 1920 das Recht der Bestimmung über ihre Kinder gegeben und die Gewährung des natürlichen selbstverständlichen Rechtes ist ein terroristischer Akt gegenüber den heiligsten Gütern der katholischen Kirche.

Eine weitere Aenderung verdorrtter Gesetze ist der Erlass des Ministeriums für Schulwesen und Volkshultur vom 11. August 1919, Zahl 26.183, betreffend der Erteilung des verbindlichen Religionsunterrichtes.

Der Erlass beruft sich eingangs aus das interkonfessionelle Gesetz vom 25. Mai 1868, Nr. 49 R.-G.-Bl., und das Reichsvolksschulgesetz vom 14. Mai 1869, Nr. 62 R.-G.-Bl., aus denen hervorgeht, daß die Religionslehre als Unterrichtsgegenstand kein verbindlicher Gegenstand der Art ist, daß mit der Erteilung einer Befreiung davon die Erreichung des Volksschule durch § 1 des Reichsvolksschulgesetzes geschehen bezweckes unmöglich gemacht würde. Daher besteht kein gesetzliches Hindernis, daß das Ministerium die Schüler von der verbindlichen Teilnahme am Religionsunterricht ohne Rücksicht auf ihre Glaubensangehörigkeit in allen Fällen befreie, in denen es das Interesse der Schule und der ihr anvertrauten Schüler unabweislich verlangt. Als wichtigster Fall wird der offenkundige Widerspruch zwischen der elterlichen und der Erziehung der Schule durch den Religionsunterricht bezeichnet.

Von diesem Standpunkte ausgehend, sind von der Teilnahme am Religionsunterrichte be-

1. Schüler ohne Glaubensbekenntnis oder eines vom Staate nicht anerkannten Glaubensbekenntnisses.

2. Schüler von 7-14 Jahren werden vom Religionsunterrichte befreit, wenn die Eltern bei der Direktion der Schule um diese Befreiung mit einem schriftlichen Gesuche einreichen, dem der Nachweis beizuschließen ist, daß sie selbst glaubenslos sind oder einen anderen Glauben haben als die Kinder.

Der Erlass, vorsichtig genug gehalten, sichert gleichfalls den Eltern das Bestimmungsrecht über ihre Kinder, das sie vor 1919 nicht besaßen. Die Vertretung eines Rechtes ist aber nichts anderes als ein Unrecht. Die Aufhebung dieses schreienden Unrechtes wird von kirchlicher Seite als ein Angriff auf die heiligsten Güter der katholischen Kirche bezeichnet. Das Recht der Eltern über ihre Kinder auf dem Gebiete der seelischen Entwicklung ist ein heiliges Gut, aber nur insoweit, als es nicht mißbraucht wird. In diesem Falle tritt das Recht der Gesellschaft, des Staates an seine Stelle; niemals aber kann einer bestimmten Konfession dieses Recht gegeben werden, denn diese steht in Widerspruch zu den anderen Konfessionen. Der Staat, das ist die höher organisierte menschliche Gesellschaft, steht über den einzelnen Konfessionen und dieser Organisation kann nicht entbehrt werden, wohl aber irgend einer Konfession, sei es selbst die katholische.

Der freisinnigen Minderheit fehlt, wie Zaf ausführt, „anscheinend die nötige Bildung, um die Unbesiegbare der katholischen Kirche zu begreifen.“ Wie könnte dies auch anders sein bei jenen: „die aus der traurigen Geschichte ihres Herzens (nämlich des Herzens der Minderheit) eine neue Wissenschaft konstruiert haben, die mit den Gesetzen der Religion unvereinbar erscheint.“

Wer nicht ungebildet erscheinen will, der muß, ob er will oder nicht, die Unbesiegbare der katholischen Kirche begreifen. Man kann schließlich diese Unbesiegbare verstehen, kann sie kennen, begreifen aber kann man sie nur aus ihrer ganzen Einstellung heraus dem Staate und den Menschen gegenüber. Die katholische Kirche ist nicht unbesiegbare, das weiß die gesamte Klerisei und katholische Presse selbst am besten und sie verstehen dies dadurch ein, daß sie auch für alle Zukunft die Hilfe des Staates für die angeblich unbesiegbare Kirche fordern. Im Mittelalter triumphierte sie über die Abtrünnigen durch die Verbrennung der Ketzer, zu der der Staat seinen bewaffneten und mächtigen Arm lieh. Bis in die neueste Zeit triumphierte sie über ihre Gegner durch die Bestimmungen des Strafgesetzes, die von der Religionsstörung und der Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft handelten.

Ist die Kirche wirklich der Fels Petri, der allen Stürmen unerschüttert troht, so wird und muß sie sich allein auf sich gestellt erhalten. Mit dem Glauben an die Unbesiegbare der Kirche verhält es sich genau so, wie mit dem Glauben an die Allmacht Gottes bei einem Gewitter, sicherer aber ist es, einen Blitzableiter anzubringen, sicherer ist es auch, die Staatsgewalt ganz in den Dienst der katholischen Kirche zu stellen.

Die neue und die alte Wissenschaft ist mit den Dogmen der Kirche, ist mit der Religion selbst unvereinbar. Eine Wissenschaft, die damit vereinbar ist, ist keine Wissenschaft, sondern eine von den Theologen konstruierte Wissenschaft. Die Minderheit der Bevölkerung braucht aus der traurigen Geschichte ihres Herzens nicht erst eine Wissenschaft konstatieren (?). Es ist wirklich eine traurige Geschichte, einen Theologen über Wissenschaft schreiben zu sehen, so traurig, daß aus

Die kleine Lotte. (19)

Von Simone Bobbe.

Uebersetzt von Dr. Anna Rudbaum, Copyright by Interterritorialer Verlag „Renaissance“, Wien.

Nachdem sie lange miteinander gewein haben, erklärt sie der Mutter sanft, man müsse glauben, hoffen, über Mimi wachsen. Dann wird sie, Lotte, nächstes Jahr ihr Abschiedszugnis bekommen, wird arbeiten. Mutter wird sich scheiden lassen, man wird leben, diesen Menschen vergessen, ruhig, glücklich sein. Ueberleibt sagt Lise zu allem ja:

„Siehst du — so könnten wir uns alle retten, aber er würde mich töten.“

Und dann wieder:

„Ich hätte wohl den Mut, ihn eines Tages umzubringen.“ Lotte muß sie beruhigen.

„Das ist nicht der Mühe wert, er wird fortgehen.“ Und am Abend — alle schlafen, außer Charles, der immer aus ist — erhebt sie sich, geht hinaus, auf bloßen Füßen, nur mit einem Unterrockchen bekleidet, durch den Garten, auf die Straße hinaus. Vielleicht ist Murr noch nicht ertrunken. Hat sich nur verirrt, leidet Hunger. Die Stibel haben eine Katze gehabt, die ist zurückgekommen, lange nachdem sie fortgelaufen war.

Vor ihr dehnen sich die Felder; Sumpfland, im Hintergrund zwischen den Bäumen ein matter Schein: de Marne. Alles ist still, ganz still. Charlotte ruft mit leiser Stimme: Murr! Murr! Durchspäht die Schatten, bekommt Angst vor dem Vater. Mählich fühlt sie ihre Kräfte schwinden, zu Eis erstarrt vor der Gleichgültigkeit der Nacht.

V.

Mademoiselle Buchs, die Lehrerin der letzten Klasse, ist ein armseliges, großgewachsenes, schlächteres Geschöpf, das sich ein wenig gebückt hält. Die Schulterknochen springen heraus, an dieser Stelle ist der Kleiderstoff besonders abgenutzt und glänzt. Sie ist häßlich. Das Gesicht erdfarben. Kleine, sanfte Augen, die nicht ohne Spott sind. Vorne hat sie fast gar keine Haare mehr, so scheint die Stirn übermäßig hoch. Die lange, dünne Nase reicht fast bis an den ziemlich großen Mund. Es fehlen ihr mehrere Zähne. Lächelt sie, tiefen sich zwei Falten in ihren Wangen. Das macht sie nicht schöner. Aber es ist auch nicht unangenehm, gibt ihrem traurigen Gesicht etwas von nachsichtiger, enttäuschter Güte.

Die Kollegen von Mademoiselle Buchs verachten sie ihrer Häßlichkeit, ihrer Armut, ihrer Sanftmut wegen. Man beschuldigt sie, ein schlechtes Beispiel zu geben, Unart zu begünstigen. Ihre Schülerinnen mißbrauchen ihre Nachsicht, quälen sie mit Redereien, Spott, Streichen aller Art. Mademoiselle Buchs sieht nichts, hört nichts, straft nur, wenn die Verfehlung gar zu arg, zu augenfällig ist. Die Kinder schämen sie ob dieser Nachgiebigkeit gering, die sie für Schwäche halten. Sie hat früh ihren Vater verloren. Die Mutter ist alt und kränklich. Nur mit Mühe und Not konnte Mademoiselle Buchs ihre Studien beenden. Mit zwanzig Jahren hatte sie sich wohl besseres Los als Einfachheit erträumt. Hüßlich war sie gewiß niemals. Aber als Bößbat und Entbehrungen sie noch nicht zum Welken gebracht, war ihr wohl jene Frische eigen, welche Natur großmütig der Jugend spendet. Sie ist arm. Sie tröstet sich, ohne Gatten, nicht aber ohne Kinder zu sein. Sie liebt sie mit grenzenloser Leidenschaft. Kann nicht den Anblick eines traurigen kleinen Gesichtes, eines tränenerfüllten Kinderauges ertragen. Dann widersteht sie dem

Wunsche nicht, eine Strafe aufzuheben. Oft täuscht man sie. Aber es bleibt doch wahr, daß Mademoiselle Buchs zu guter Letzt häufig von ihren „Töchtern“ erreicht, was sie haben will. Von den Schülerinnen, die sie zur Prüfung stellt, wird keine zurückgewiesen. Gar manche ist unter ihnen, an der frühere Lehrerinnen schon verwiesen haben.

Wenn sie nach irgendeiner traurigen Erfahrung in ihrer sanften Art Klage führt, daß ihre „Töchter“ ihre Pärlichkeit so schlimm erwidern, gelingt es ihr nicht selten, tiefes, bewegtes Schweigen hervorzurufen. Sie bemüht sich, ihre Schülerinnen zum Lachen zu bringen, indem sie ihnen irgend eine hübsche Geschichte vorliest, was sie mit viel Anmut und Lebhaftigkeit tut. Sie bleibt nur wenig an ihrem Platz, immer auf und ab zwischen den Tischen, streicht über einen kleinen Kopf, sängt schüchtern oder spöttische Worte auf, weiß Gedanken zu erraten und läßt es merken. Im Grunde hat man sie gern. Auch die Oberlehrerin liebt sie. Verteidigt sie gegen ihre Kollegen. Pfligt oft an einen Vorfall zu erinnern. In einem Jahre hatte das Thema des Prüfungsaufsatzes gelautet: „Ueber Liebe, die man seinen Lehrern schuldet.“ Die Schülerinnen von Mademoiselle Buchs hatten alle für ihre Wärme und Veredelmheit die besten Noten errungen. Mademoiselle Buchs errötet vor Freude.

Lotte liebt sie seit dem ersten Lächeln, das sie ihr geschenkt. Ihr verdankt sie es, daß sie endlich einigermaßen schreiben und sogar zeichnen lernt. Aber Mademoiselle Buchs kann von ihr nicht erweichen, daß sie spiele. In der Pause zieht sie den Arm des kleinen Mädchens unter den ihrigen, so gehen sie miteinander spazieren, plaudern. Mademoiselle Buchs weiß Worte, die schwerstes Mißtrauen brechen. In ihrer Nähe fühlt Lotte oft wie ihr die Tränen aufsteigen. Ihr schreckliches Geheimnis will sich ihr entreißen. Gern möchte sie sich der Freundin an den Hals werfen, sie um Rat fragen. In solchen Augenblicken drückt Mado-

moiselle Buchs den kleinen Arm fester an ihre magere Brust. Lotte verhorrt in Schweigen, bedrückt, findet keine Worte.

Mademoiselle Buchs läßt die Mutter kommen, spricht ihr schonend, ausführlich von der Melancholie ihrer Tochter. Sagt ihr, daß es kleine Kindererben gäbe, sehr verdrehte, die geschont werden müssen. Gewiß, das Leben sei oft hart für die armen Frauen. Die Mütter verständnen nicht immer, ihre Mühen, ihre Leiden zu verbergen. Lise schaut die Lehrerin an: sicherlich hat sie niemals gelitten, ihr hat es an nichts gefehlt — also, zum Teufel, warum mißt sie sich da ein? Gern möchte sie der Person ihre Meinung sagen. Aber sie fürchtet, Lotte könnte Beständnisse gemacht haben. Sie erklärt: Charlotte habe Gehirn-entzündung gehabt. Seitdem sei sie so komisch, denke ans Jenseits. Seingelehrt: „Hoffentlich hast du nichts gesagt — du verstehst — das wäre uns später peinlich.“

Lotte senkt den Kopf, ohne zu antworten, bricht in Schluchzen aus.

Die Geschäfte des Hauses Bugnot gehen immer besser. Die Ehe wird schlechter. Charles hat Pferd und Wagen gekauft. Jeden Sonnabend fährt er nach Neuilly unter dem Vorwand, er müsse den Bau von Stall und Schuppen überwachen, die er hinten im Garten aufführen läßt. Lise will ihn begleiten, er weist sie ab. Am Sonntagmorgen möchte sie ihn gern mit beiden Töchtern überraschen. Lotte steht die Notwendigkeit nicht ein. Vater fährt mit der Strichel aus, spielt den Narren. Mehrere Male schon hat er umgeworfen, das Pferd verwundet, den Wagen zerbrochen. „Ausbessern kostet Geld“, sagt die Mutter. „Könntest du es verhindern?“ fragt Charlotte.

„Daß ihn doch. Vielleicht bricht er sich eines Tages den Hals.“

„Er ist dein Vater.“

(Fortsetzung folgt.)

den Augen die Tränen quellen könnten, und wenn es nicht gar so traurig wäre, wäre es zum Lachen. Was die Merikalen unter den heiligsten Gütern der Kirche verstehen, drückt sich in dem Satz aus:

„Für katholische Kinder muß der Religionsunterricht auf allen Volks- und Mittelschulen auf Staatskosten erhalten bleiben.“

Da liegt also der Dase im Pfeffer, alle Staatsbürger, ob konfessionslos oder andersgläubig, sollen den katholischen Religionsunterricht bezahlen und das Streben, dieses schreiende Unrecht zu beseitigen, ist Terror und Angriff gegen die heiligsten Güter der Kirche. Der Geldsack ist demnach das heiligste Gut der katholischen Kirche, eine Konstatierung, die um so wertvoller ist, als sie von der katholischen Presse selbst vorgenommen wird.

## Telegramme.

### Ende des Berliner Parteitag.

Politisches Referat Silberdings. — Wiederwahl des neuen Parteivorstandes.

Berlin, 14. Juni. (Eigenbericht.) Die heutige Schlußtagung des sozialdemokratischen Parteitag wurde vom Vorsitzenden Genossen Weis mit einer Gedächtnisrede auf den von den italienischen Faschisten ermordeten Genossen Matteotti eingeleitet. Weis hob als besonders rühmend unter der allgemeinen Teilnahme des Parteitag die internationalen Verdienste des Genossen Matteotti hervor. Hierauf nahm der Parteitag ein Referat des Genossen Helling über Sozialdemokratie und Landwirtschaft ohne Debatte entgegen. Den Höhepunkt der Verhandlungen bildete ein beinahe zweistündiges Referat des Genossen Silberding über die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie. Silberding behandelte in diesem Referat alle augenblicklich aktuellen, großen politischen Fragen. Insbesondere besprach er eingehend das Sachverständigengutachten, dessen Annahme durch die Sozialdemokratie in allen Ländern und auch in Deutschland er als einen wesentlichen Fortschritt für die deutsche wie die internationale Arbeiterbewegung bezeichnete. Im Verlauf der Diskussion wurde ein Antrag der oppositionellen Genossen Dr. Lewi, Toni Sender und D. H. Mann zu diesem Referat Silberdings eingereicht, welcher Antrag später allerdings vom Parteitag abgelehnt wurde. Ferner sprachen noch Dr. Breitscheid und Loebe. Letzterer begründete einen Antrag auf sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Dieser Antrag Loebes wurde vom Parteitag einstimmig angenommen. Der Parteitag beschloß, das Referat Silberdings als Broschüre erscheinen und in Massen verbreiten zu lassen. Er nahm ferner eine Resolution Bachheim zugunsten der aus dem besetzten Gebiet Vertriebenen an. Nachmittags gegen 5 Uhr wurde der Parteitag, der heute ununterbrochen gelagert hatte, von Genossen Weis geschlossen. Die Wahlen in den Parteivorstand ergaben bei 376 abgegebenen Stimmen die vollständige Wiederwahl des augenblicklich amtierenden Vorstandes mit Ausnahme des Genossen Künstler-Berlin, an dessen Stelle der Genosse Stahls-Brandau gewählt wurde.

### Sozialdemokratie und Internationale Arbeiterhilfe.

Berlin, 14. Juni. (Wolff.) Der sozialdemokratische Parteitag hat die Resolution, welche die Zugehörigkeit zu der internationalen Arbeiterhilfe als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Partei erklärt, einstimmig angenommen.

### Kein Eisenbahnstreik in Deutschland.

#### Zehn Prozent Lohnerhöhung.

Berlin, 14. Juni. (Eigenbericht.) Der in den letzten Tagen drohende Eisenbahnstreik kam auf Grund der Verhandlungen, die heute zwischen der Reichsregierung und den Eisenbahnerorganisationen geführt worden sind, als überwunden betrachtet werden. Die Regierung ist sich in diesen Verhandlungen der Gefahr, die gerade im Augenblick durch einen Eisenbahnstreik entstehen könnte, wohl bewußt gewesen. Sie hat deshalb den Wunsch des kleineren Übels gewählt, indem sie den Eisenbahnern im allgemeinen in zufriedenstellendem Maße entgegengekommen ist. Statt des vom Reichsverkehrsministerium bewilligten fünfprozentigen Zuschlages soll jetzt eine Erhöhung der Löhne um durchschnittlich zehn Prozent erfolgen, also das Doppelte mehr gezahlt werden als ursprünglich beabsichtigt war. Außerdem fällt die zehnte Arbeitsstunde in der Bahnunterhaltung am 1. Juli fort. Die Regierung war anfänglich bloß bereit, das Zugeständnis mit der Bahnunterhaltung erst vom 1. Oktober gelten zu lassen. Sie konnte sich jedoch im Laufe der Verhandlungen den Argumenten der Gewerkschaften nicht weiter verschließen und willigte schließlich ein, daß die zehnte Stunde in der Bahnunterhaltung bereits in vierzehn Tagen ausfällt. Ueber die Dienstauvorschriften wird erst Montag vormittag verhandelt werden, während die bisherige Forderung der Eisenbahner, für die neunten Arbeitsstunde besonders entschuldigt zu werden, von der Regierung vorläufig nicht angenommen wurde. Trotzdem die Gewerkschaften entschlossen sind, auf diese ihre Forderung einer Sonderbezahlung für die zehnte Arbeitsstunde schon aus prinzipiellen Gründen zurückzukommen, sind sie doch nach den bisherigen Verhandlungen übereinstimmend der

# Kritische Lage der Koalition.

## Neuerliche Verschärfung der Koalitionskrise — Neuwahlerüchte — Das Außenministerium für Getreidezölle, andauernder Widerstand der tschechischen Sozialdemokraten. — Änderung des Wahlgesetzes?

Die kommende Parlamentswoche wird eine der kritischsten Wochen der Koalition werden. Wie es heißt, hat Ministerpräsident Svehla den koalitierten Parteien mitgeteilt, daß es bis Mittwoch zu einer Einigung kommen müsse, widrigenfalls die Koalition daran glauben müßte. Man rechnet für diesen Fall mit einer Beamtenregierung, die das Budget erledigen und sobald das Haus auflösen würde. Tatsache ist, daß das Innenministerium Wahlvorbereitungen trifft. Einige Druckereien erhielten die Bestellung für Druckformen, die für die Durchführung der Wahlen in beide Kammern notwendig sind. Die bereits Freitag in der Kammerführung hierüber zirkulierenden Gerüchte wurden nicht dementiert und die Regierung leugnet auch nicht, daß sie Wahlvorbereitungen trifft. Es wird behauptet, daß es Pflicht der Regierung sei, die Wahlformulare für alle Fälle in Vorbereitung zu halten, da es notwendig ist, neben einer Menge von Druckformen für die Behörden auch einige Millionen von Wahllegitimationen zu beschaffen. Man spricht auch davon, daß die Koalition vor den Neuwahlen noch das Wahlgese abändern will, in dem Sinne, daß Mandate nur jene Parteien erhalten, welche in der ganzen Republik mehr als 100.000 Stimmen aufbringen und gleichzeitig mindestens in einem Wahlkreis die Wahlziffer erreichen. Die Nationaldemokraten verlangen außerdem die Aufhebung des gebundenen Stimmensystems.

### Die tschechische Presse zur Lage.

Bemerkenswerte Mitteilungen macht die „Narodni Politika“. Diesem Blatte zufolge war der Eindruck der Darlegungen des bevollmächtigten Ministers Dvořakel in der Zollpösta ein großer. Dieser Fachmann für internationale Handelsverträge und Unterhändler bei allen Handelsverträgen mit ausländischen Staaten, schilderte die Situation des Außenhandels und beharrte auf der Notwendigkeit der Erneuerung der Zölle für Getreide und Mehl. Minister Dvořakel wurde erachtet, für die nächste Sitzung der Zollpösta verschiedene Anträge anzuarbeiten und dort vorzubringen und hauptsächlich präzise Berechnungen über den Effekt eines jeden Antrages für die Finanz- und Handelspolitik des Staates. Der Standpunkt und die Forderung des Außenministeriums haben bereits im Prinzip für die Erneuerung der Zölle auf Getreide und Mehl entschieden. Die weiteren Verhandlungen werden bloß den Modalitäten gelten. Wie man aber hört, ist damit die innerpolitische Situation noch nicht gelöst. Durch das Faktum, daß Zölle auf Getreide von unserem Außenministerium gefordert werden, und zwar ehestens, während die Sozialversicherung kaum bis zur Ernte fertiggestellt werden kann, sind neue Schwierigkeiten entstanden. Trotzdem besteht die größte Wahrscheinlichkeit, daß auch diese Schwierigkeiten und Verhandlungen durch Kompromisse überwunden werden.

„Pravo Lidu“ sagt zu den Wahlvorbereitungen des Innenministers. Das Innenministerium könne sich von den Ereignissen nicht überraschen lassen, übrigens hätte es diese Vorbereitungen schon längst, gleich nach den ersten Wahlen in die Nationalversammlung, treffen sollen.

„Lidove Listy“ schreiben, daß sich die politische Situation kritischer und verwirreter gestaltet habe. Politiker äußern sich über die Entwicklung der Ereignisse sehr skeptisch und es schlen nicht Stimmen, welche behaupten, daß die Krise kaum auf friedlichem Wege gelöst werden wird. Die Schwierigkeiten stammen von sozialdemokratischer Seite. Jede Geduld hat ihr Ende und gerade die Parteien, die durch die neuen Forderungen der Sozialisten gereizt sind, haben kaum Anlaß Neuwahlen zu fürchten, deren rasche Ausschreibungen auch die Sozialdemokraten überraschen könnte, die sich in der Ueberzeugung wiegen, daß die bürgerlichen Parteien es nicht zu Wahlen kommen lassen würden.

### Parteiberatungen.

Der Klub der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten hielt eine Sitzung ab, in der die Abgeordneten Summelhans und Novak einige Beschwerden über die Militärverwaltung vorbrachten und das gegenwärtige Militärsystem, dessen langdauernde Präsenzzeit im hohen Maße den Aufwand für das Militärwesen steigert, einer kritischen Erörterung unterzogen. Beide Redner legten dem Klub einige Anträge vor, von denen folgende zu erwähnen sind: Aufhebung der Militärgerichte, Herabsetzung der Präsenzzeitpflicht unter 14 Monate, Verkürzung der Präsenzzeitpflicht für Mitglieder von Turn- und Sportvereinen — falls sie eine entsprechende Fachprüfung ablegen — um wenigstens drei Monate. Die Klubmitglieder wiesen in der Debatte darauf hin, daß an diesen Fragen die ganze demokratische Öffentlichkeit Interesse habe

Meinung, ihren Mitgliedern eine vorläufige Annahme dieses Angebotes der Reichsregierung vorschlagen zu müssen. Die Gefahr des Eisenbahnstreikes, die einige Tage außerordentlich akut schien, ist darnach vorläufig überwunden. Die Arbeiterschaft kann jedenfalls auch dieses Ergebnis bei dem Ausgang der Verhandlungen als einen Beweis dafür ansehen, daß die wirtschaftliche Widerstandskraft der Arbeiterschaft im allgemeinen wieder bedeutend zunimmt.

und der Moment günstig sei, damit sie Gegenstand vorbereitender Erhebungen und Verhandlungen bilden. Der Wehrsektionen beider Klubs wurde aufgetragen, die Anregungen zum Gegenstand der nächsten Beratungen zu machen und Experten und Fachleute jener Kreise, die diese Fragen betreffen, anzuhören. Das Ergebnis soll beiden Klubs vorgelegt werden, die über die Formulierung der Anträge entscheiden werden. Beim Klub der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren hat sich eine volkswirtschaftliche Sektion konstituiert, in die Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen und Arbeitergenossenschaften, der Häusler- und landwirtschaftlichen Organisationen der Partei kooperiert wurden. Diese Sektion wird nun vor allem die Zollfrage vom breitesten Standpunkt aus beraten.

Das Präsidium der tschechischen Agrarpartei konstatierte in seiner Sitzung, daß der Beschluß des Klubs der Abgeordneten vom 27. Mai von anderen Parteien überflüssigerweise zur Erschwerung der Situation ausgenützt wurde. Das Präsidium betont, daß sie die Vorwürfe über eine Verletzung der Koalitionslojalität zurückweise. Beweis dessen sei, daß der erste Teil der Sozialversicherung (Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter) fast vollständig fertiggestellt ist. Es sei dringend notwendig, daß auch der zweite Teil der Vorlage (Versicherung selbständiger Landwirte und Gewerbetreibenden) schleunigst vorbereitet und verhandelt werde. Dagegen wurde trotz dringender und unablässiger Bemühungen der Agrarpartei nicht die Durchführung des wirtschaftlichen Koalitionsprogrammes in Angriff genommen. Das Präsidium, das sich mit der Frage der Parität der landwirtschaftlichen Produkte mit den industriellen befähigt, hat den Bericht der Vertreter des Abgeordnetenklubs über die bisherigen Koalitionsberatungen zur Kenntnis genommen.

### Amthliches Dementi angeblicher Wahlvorbereitungen.

Prag, 14. Juni. (Tsch. P. B.) Wie uns amtlich mitgeteilt wird, hat das Ministerium keine Vorbereitungen für die Wahlen in die Nationalversammlung getroffen und trifft auch keine Vorbereitungen.

## Ausland.

### Polen widerlegt sich dem Völkerbunde.

Die deutsche Völkerbundliga in der Tschechoslowakischen Republik teilt mit:

In seiner Sitzung vom 27. September 1923 hat der Völkerbundrat das Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes vom 15. September über die Staatszugehörigkeitsfragen in Polen, das sich vollständig auf den Standpunkt der deutschen Minderheiten gestellt hatte, angenommen und den Vertreter Prof. Stanislaus Lonsa Dantes ersucht, ein Uebereinkommen zwischen Deutschland und Polen herbeizuführen. Die Bemühungen des Vertreters Brasiliens scheiterten an dem hartnäckigen Widerstand der polnischen Regierung. Hieraus hat der Völkerbundrat in seiner Sitzung vom 14. März 1924 über Antrag des englischen Vertreters Lord Parmoor beschlossen, den Vorsitzenden des ober-schlesischen Schiedsgerichtes Prof. Kaadenbeck mit der Führung von neuen Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen zu betrauen, ihn aber gleichzeitig zum Schiedsrichter für den Fall zu bestellen, daß die einguleitenden Verhandlungen bis zum 1. Juni zu keinem Ergebnis geführt haben sollten. In derselben Sitzung hat der Vertreter Polens Rozminski erklärt: „Polen sehe es als moralische Verpflichtung an, keine Tatsachen zu schaffen, die den Interessen derjenigen Personen Eintrag tun könnten, deren Schicksal vom Ergebnisse dieser Verhandlungen abhängen wird.“

Die polnische Regierung hat jedoch unter Bruch ihrer Verpflichtungen eine Reihe von Liquidationen von deutschen Ansiedlungen, Ausweisungen und andere Zwangsmassnahmen gegen deutsche Bewohner Polens vorgenommen. Hieraus hat die deutsche Regierung, für die die Einhaltung der erwähnten Erklärung seitens Polens die Voraussetzung für den Eintritt in neuerliche Verhandlungen gebildet hatte, gegen das Vorgehen Polens beim Völkerbunde Verwahrung eingelegt und erklärt, sie sei nicht in der Lage, die schwebenden Verhandlungen fortzusetzen, so lange die im Widerspruch zu ihrer Erklärung erfolgten Massnahmen der polnischen Regierung nicht in vollem Umfange rückgängig gemacht werden. Als Vertreter Deutschlands hat sich Staatssekretär Dr. Lewald nach Genf begeben, wo eben der Völkerbund tagt, der sich nun mit der Frage zu beschäftigen haben wird.

## Gaston Doumergue



Der neugewählte Präsident der französischen Republik.

## Doumergue hat keine gute Linkspreffe.

Paris:

Paris, 14. Juni. (Havas.) Alle Blätter heben den ausgeglichenen Charakter, das gesunde Urteilsvermögen, sowie die bisher dem Vaterlande geleisteten Dienste Doumergues rühmend hervor.

Selbst diejenigen, welche aus dem Posten des Präsidenten der Republik lieber Painleve gesehen hätten — schreibt „Petit Parisien“ — beugen sich angesichts der außerordentlichen Eigenschaften des neuen Präsidenten.

Der „Matin“ schreibt, daß die drohenden politischen Wolken von gestern unter der unparteiischen und gesunden Führung Doumergues bald dem Bereiche der Erinnerung angehören werden.

Das „Echo de Paris“ meint, die Wahl Doumergues sei kein Sieg einer Partei, sondern eine Revanche der französischen Öffentlichkeit für die ungestümen Gelüste des Linksblocks.

Der „Figaro“ sagt die Wahl als einen Sieg der politischen Mehrheit auf, durch welchen Herriot vielleicht mehr Freiheit für die Entwicklung seines Liberalismus erhalten wird.

Die „Ere Nouvelle“ ist überzeugt, daß der erprobte Republikaner Doumergue alle Zweideutigkeiten werde verschleuen können, welche seine Gestalt in den letzten Tagen verhüllt haben, und daß er den Verdacht, als ob er ein Gefangener unerwünschter Beschüher wäre, Lügen strafen werde. Das Blatt hat vollkommenes Vertrauen zu Doumergues.

Die „Humanite“ schreibt, daß die erste Schlacht des Linksblocks mit einer vollkommenen Niederlage geendet hat.

Berlin:

Berlin, 14. Juni. — Wahl Doumergues zum Präsidenten der französischen Republik wird von den Blättern der Linken einigermassen mit Bedauern darüber konstatiert, daß nicht Painleve Präsident geworden ist.

Der „Vorwärts“ verzeichnet in seiner Pariser Meldung, daß die letzten 48 Stunden für die Linke in Frankreich wenig ruhmreich gewesen sind. Der Mangel an Disziplin bei den Radikalen und den Radikalsocialisten des Senates und die offene Aufsehnung eines der Führer gegen die Beschlüsse des Vorkongresses haben es dem Nationalen Block ermöglicht, seine Revanche für die Niederlage des 11. Mai und des 11. Juni zu nehmen. Gewiß sei Doumergue kein Reaktionsär, er habe sein langes Leben für die Demokratie gekämpft, aber den Verlockungen der Macht habe Doumergue nicht zu widerstehen vermocht. Mit der Weigerung, sich dem Beschlusse des Vorkongresses zu unterwerfen, der Painleve zum offiziellen Kandidaten der Linken erhob, habe Doumergue seine eigene politische Vergangenheit verraten.

London:

London, 14. Juni. Die Blätter heben in ihren Artikeln über die Wahl Doumergues hervor, daß sich der neue französische Präsident stets als Freund Englands und der Entente gezeigt habe. Laut „Daily Telegraph“ ist Doumergue das erste protestantische Staatsoberhaupt Frankreichs. „Times“ schreibt, die Niederlage Painleves sei ungewiss als erster Rückstoß für Herriot anzusehen. Die Wahl Doumergues sei eine bezeichnende Warnung an die fortgeschrittenen Kartellisten, nicht zu sehr auf die Partei zu pochen. Das Blatt betont, daß Doumergue offen die Politik Poincare's in den deutschen Fragen einschließlich der Ruhrbesetzung unterstütze. „Daily Herald“ bezeichnet die Wahl Doumergues als einen Schlag für das Ansehen der Herriot-Regierung. Das Blatt erwartet jedoch, daß Doumergue sein Amt von der Parteipolitik, mit der Millerand durchgesetzt habe, reinigen werde.

## Ausgebeutete!

Die bürgerliche Presse steht im Golde Eurer Ausbeuter

In die Hand des Arbeiters das Arbeiterblatt!

# Verbandsstag der Konsumvereine.

Begrüßungen. — Berichte. — Waren- ausstellung der G. E. C.

Der von rund 150 Delegierten und zahl- reichen Gästen besuchte Verbandstag wurde Samstag, den 14. Juni, nachmittags drei Uhr, im Saale der Volkshalle in Bodenbach vom Obmann Ge- nosse Lorenz mit herzlichen Worten der Be- grüßung eröffnet. Erschienen sind als Vertreter der österreichischen Konsumvereinsbewegung Rausnik und Lorenz aus Wien, von der englischen Großkaufmannschaft Penny und Arnold, vom tschechischen Konsumvereinsver- band Zmrhala und Strnad und von der tschechischen Großkaufmannschaft Lustig. Als Vertreter des Ministeriums für soziale Für- sorge erschien Ministerialrat Klimt, für den Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Senator Gen. Dr. Heller, für die Gewerkschaftskommission Reichenberg Abge- ordneter Genosse Schäfer, für den Transport- arbeiterverband in Aussig Genosse Rase. Be- grüßungsschreiben sind eingelangt aus Deutsch- land, Polen, Schweden, Schottland, Schweiz, Belgien, New York sowie vom Internationalen Arbeitsamt in Genf.

In seiner Begrüßungsrede wies Senator Ge- nosse Lorenz auf die großen Schwierig- keiten der Konsumvereinsbewegung hin, in- folge des Ueberganges von der Zwangswirtschaft zum Freihandel und infolge der Angriffe des Privatkapitals. Die Erscheinung, daß die Lage der Konsumvereine eine schwierige geworden ist, beschränkt sich nicht auf die Tschechoslowakei. Die vornehmste Aufgabe der Konsumvereinsleitungen muß es sein, zurückzuführen zu den bewährten Grundfragen der Pioniere von Hochdole und weiter erhöhte Erziehungs- und Bildungsarbeit zu leisten. Der Kampf ist schwierig, aber wir werden ihn be- stehen. Ministerialrat Klimt überbrachte die Grüße seines Ministeriums, welches hofft, daß es gelingen wird, die Konsumgenossenschaften zu neuer Blüte zu bringen. Arnold aus Manchester sprach namens der englischen Großkaufmann- schaft, des größten demokratischen Handelsinstitutes der Welt. Sie hatte im Vorjahre einen Umsatz von über 66 Millionen Pfund Sterling gleich neun- dreiviertel Milliarden Tschechoskronen. Der Wert der eigenen Erzeugnisse beträgt über zwanzig Millionen Pfund Sterling. Die englische Ge- nossenschaftsarbeit hatte im Vorjahre einen Umsatz von 191 Millionen Pfund. Redner bemerkt, daß die englische Großkaufmannschaft daran geht, den genossenschaftlichen Weltwarenver- lehr vorzubereiten. Redner sieht der Zeit ent- gegen, wo die Genossenschaften die ganze Welt beherrschen werden. Rausnik weist auf die durch den Währungsverfall und die Wirtschaftskrise in Oesterreich hervorgerufene Schwächung der dortigen Konsumvereine hin. Trotzdem sei der Genossenschaftsgedanke siegreich. Lustig-Prag überbringt brüderliche Grüße. Keiner Genossen- schaft in der Republik geht es gut; die tschechischen Arbeiterkonsumvereine haben dieselben trübten Er- fahrungen gemacht wie die deutschen. Der vom Kapital ersehnte Untergang der Konsumvereine ist aber nicht eingetreten. Wir haben ein gemein- sames Ziel: das Wort „Proletariat aller Länder vereinigt euch“ muß auch in diesem Lande wahr werden. Lorenz (österreichische Großkaufmann- schaft) spricht als früherer Mitarbeiter der Be- wegung in Böhmen und hebt besonders die Be- deutung der Arbeiterbank in Wien hervor. Abgeordneter Schäfer (Gewerkschaftskommission) betont das gemeinsame Interesse der beiden Zweige der Arbeiterbewegung. Auch die Gewerk- schaft hat sich mit Erfolg gegen den Anschlag der Unternehmer gewehrt. Allgemein wichtig sei die Erziehungsarbeit, welche geleistet werden müsse. Genosse Dr. Heller (Partei-Vorstand) sagt, wenn es der Arbeiterschaft infolge der Krise schlecht geht, kann es ihren Organisationen nicht gut gehen. Auf demselben Fundament erheben sich die ver- schiedenen Organisationen der Arbeiterschaft und ihre Auswirkung ist der politische Klassenkampf. Redner verwies auf die Gefahr der Agrarzölle und forderte, daß die Arbeiter aller Organisationen da- gegen mit aller Kraft ankämpfen. Wir haben ein Ziel: die Beseitigung der privatkapitalistischen Ge- sellschaftsordnung. Der Kampf muß ohne Rück- sicht auf Nation und Richtung gemeinsam geführt werden. Zum Schluß wünschte Genosse Knobloch namens des Bodenbacher Konsum- vereins und des Arbeiterheimes der Tagung besten Erfolg, wobei er auf die starke genossenschaftliche Entwicklung des Teichener Bezirkes hinwies.

Hierauf ging der Verbandstag in die Tages- ordnung ein. Punkt 1 sind Berichte. Der gedruckt vorliegende, sehr ausführliche Bericht wurde von den einzelnen Rednern wirkungsvoll ergänzt. Es sprachen Obmann Genosse Lorenz, Sekretär Abgeordneter Genosse Dietl, Genosse Deutsch für die Versicherungsabteilung, Dr. Bedmann für die Presse, für die Bildungsstelle Wittl, für die Kontrolle Genosse Knobloch. Eine ganze Reihe Detailfragen wurde eingehend er- örtert. Die Berichte für das heurige Jahr zeigen eine erfreuliche Gesundung der Konsum- vereinsbewegung. Genosse Dietl sprach auch gegen die agrarische Zollpolitik und beantragte eine ent- sprechende Resolution. Redner plädiert für die gemeinsame Arbeit mit der Gewerkschafts- kommission. Er erklärte, daß die Konsum- vereine an der Forderung nach Errichtung von Konsumzentren festhalten. Er ist für einen Ueberbau des Genossenschaftswesens in der Tschechoslowakei. Dr. Bedmann besprach den Ausbau der „Konsumgenossenschaft“. Genosse Deutsch konnte darauf hinweisen, daß sich die Versicherungsabteilung immer mehr behauptet. Mit

# Enthüllter Schwindel

oder: Wenn man es allen Leuten recht machen will.

In den letzten Wochen findet man in der bür- gerlichen Presse immer wieder Notizen des In- haltes, daß der oder jener deutsch-nationale oder deutsch-nationalsozialistische Abgeordnete auf Veranlassung des Deutschnationalen Handlungs- gehilfenverbandes (D. H. V.) zu Gunsten irgend einer Angestelltenforderung diese oder jene An- frage an diesen oder jenen Minister gerichtet, irgend eine Interpellation überreicht oder irgend eine Intervention vorgenommen habe u. dgl. m. Die Welt, soweit sie diese Notizen liest, muß bloß verwundert sein, ob dieser unheueren Regsamkeit des D. H. V. und ob der Bereitwilligkeit der Herren deutschnationalen und deutschnational- sozialistischen Abgeordneten, unausgesetzt für die Angestellteninteressen tätig zu sein. Kürzlich hat es nun über eine solche Notiz, die sich auf den deutschnationalen Abgeordneten Raibl bezog, eine höchst sonderbar anmutende Ausein- anderlegung gegeben. Es war nämlich in der Presse in der bekannten reklamehaftesten Aufma- chung des D. H. V. verlautbart worden, Abg. Raibl habe über Ersuchen des D. H. V. an den Handelsminister die Anfrage gerichtet, warum bisher die Sonntagruhe in Böhmen-Leipa noch nicht durch Verordnung eingeführt wurde. Das Erstaunen war groß, als in einer Gehilfenver- sammlung in Böhmen-Leipa der Gremialvorsteher einen Brief des Abg. Raibl an das Handels- gremium Böhmen-Leipa verlas, wonach er über- haupt keine derartige Anfrage überreicht und auch dem D. H. V. keine derartige Zusage ge- geben habe, wie sie die D. H. V.-Leute behaup- teten.

Gleichsam, als ob es das Schicksal so fügen wollte, daß der ganze Schwindel nun vollständig enthüllt werde, hat uns der bekannte „günstige Wind“ einen Brief des Abg. Raibl, da- tiert aus Böhmen-Ramitz vom 20. Mai 1924, auf den Tisch geweht, der folgenden Wortlaut hat:

„Abg. Dr. Raibl.

Böhmen-Ramitz, 20. Mai 1924.

Der D. H. V. Komotau hat an mich und offenbar auch an Dr. Lodgman zwei Anfragen überreicht, welche die Einführung der vollständigen Sonntagruhe im Komotauer Handelsgewerbe betreffen und an den Minister für Handel und Industrie zu richten waren, richtig wohl an den Fürstengenerallandtagspräsidenten. Lodgman hat sich an Ihre Ortspartei gewandt, um sie zu prüfen, ob die darin behauptete Vereinbarung zwischen An- gestellten und Prinzipalen tatsächlich auf Wahr- heit beruht. Er hat mich hierüber auch verständigt und so muß ich wohl, um nicht mit ihm in Wider- spruch zu geraten, warten, was er in dieser An- gelegenheit tut. Was die Sache selbst betrifft, so bitte ich folgendes zur Kenntnis zu nehmen: Ich selbst bin ein Anhänger der Sonntagruhe im Handelsgewerbe und sage den Herren jede Unter- stützung zu. Ich weiß, daß die Kaufmannschaft vielfach anders denkt und auch ihre guten Gründe dafür hat. Es ist natürlich schwer, hier die rich- tige Mitte zu finden, insbesondere gegen den kleinlichen und rücksichtslosen Geist vieler kleiner Geschäftsleute anzukämpfen. Es bleibt vielfach nichts übrig, als derartige soziale Neuerungen auch trotz der Widerstände einzufüh- ren; bestehen sie dann eine Zeit, so leben sie sich ein und der alte Widerstand ist vergessen. Es handelt sich also dabei in erster Linie darum, den richtigen Weg zu beschreiten. Der vom D. H. V. vorgeschlagene, nämlich die Anfrage nach § 67, scheint mir nur dann der richtige zu sein, wenn tatsächlich bereits die Angestelltenfrage und die Kaufmannschaft miteinander ins Reine gekommen

sind. Wenn es auch für Komotau behauptet wird, so wage ich doch daran zu zweifeln, um so mehr, als mir Sekretär Hermann beim Parteitage in Teichsen fast die gleichlautende Anfrage vom D. H. V. in Böhmen-Leipa übergab und behauptete, auch dort hätten sich Angestellte und Prinzipale geeinigt und auch Kotsch wüßte davon. Ich sagte Hermann die Unterschrift und Absendung zu, ließ die Sachen jedoch liegen und heute bekomme ich einen Protest des Handelsgremiums in Böhmen- Leipa, der sich gewaschen hat. Es mag in Leipa ruckbar geworden sein, daß ich die Anfrage rich- ten will, dies wurde als eine vollendete Tatsache angenommen, während in Wirklichkeit die An- frage noch unerledigt bei mir liegt. Aus allem diesem ergibt sich folgendes: Sollte bei Ihnen eine Einigung nicht zustande kommen, Lodgman daher es ablehnen, die Anfrage vom Stapel zu lassen, so kann auch ich es natürlich nicht tun. Allerdings möchte ich es dabei nicht verwenden lassen, und zwar sollte ich dabei nicht nur meine persönliche Ueberzeugung, sondern auch unser Parteinteresse. Ich meine demnach, wenn es nicht möglich ist, diese Angelegenheit in Form einer öffentlichen Anfrage zu behandeln, so ist es doch möglich, durch persönliche Intervention bei den Ministerien die Sache in Schöpfung zu brin- gen und ich behaupte sogar, daß dieser zweite Weg der sichere ist und öffentlich eben nicht auf- fällt. Ich bin bereit, diese Interventionen durch- zuführen und bitte Sie, den Herren vom D. H. V. Komotau dies mündlich in geeigneter Form mitzuteilen, aber ja nicht die- sen Brief aus der Hand zu geben, son- dern ihn lieber zu vernichten. Ich bitte Sie weiters, mich von der Angelegenheit im laufenden zu erhalten und zeichne mit deutschem Gruß

ergebenster Raibl.“

Diesen Brief kann man wohl für sich selbst wirken lassen. Er zeigt so recht deutlich, welches frivole Spiel mit den Angestellteninteressen vom D. H. V. einerseits und von den Herren deutsch- nationalen Abgeordneten andererseits getrieben wird. Der Brief veranschaulicht auch mit er- schreckender Deutlichkeit den Unernst dieser Leute in der angeblichen Vertretung der Angestellten- interessen. Auf der einen Seite macht der D. H. V. in der gesamten bürgerlichen Presse, die ihm in bezeichnender Weise jederszeit zur Verfügung steht, einen riesen-Tam-Tam, auf der anderen Seite läßt er sich von den deutschnationalen Ab- geordneten etwas vormachen, ohne weiter zu untersuchen, ob auch wirklich etwas geschieht — und der Herr Abgeordnete wieder traut dem D. H. V. nicht, will aber aus Mandatsrückfichten seinen Wählern wieder auf Seite der Angestell- ten, noch auf Seite der Kaufleute wehe tun und sucht sich so herauszuwinden, daß er den einen die Unterschrift und Absendung zusagt, die Sache jedoch liegen läßt und sich auf den obersten Par- teitisch Dr. Lodgman ausredet, der, wie es in dem Briefe so geschmackvoll heißt, „die Anfrage vom Stapel lassen“ soll. Höchst interessant ist auch der Wunsch des Herrn Abgeordneten, seinen Brief zu vernichten, damit ja niemand etwas von dem erfahren soll, was im geheimen Kämmerlein vorgeht und wie die Dinge eigentlich in Wirk- lichkeit gemacht werden, die man nach außen hin, mit großem Geschrei seinen Wählern als getanes Werk verkündet. Wohl selten noch ist Frivolität, Unernst und Schwindel so klar und deutlich ent- hüllt worden wie durch diesen Brief. Wann werden die Angestellten endlich diesen betrügerischen Hausenmachern den längst verdien- ten Fuhrtritt geben?



## Das Ressel-Denkmal in Ehrudim.

Ein Denkmal für den Erfinder der Dampfmaschine Josef Ressel wird heute Sonntag in Ehrudim, wo Ressel im Jahre 1793 geboren wurde, enthüllt werden. Es handelt sich um ein Werk des Bildhauers Saloun.

seiner Geldgeber, einem gewissen Kuner, erhal- ten. Bei der zweiten Einvernahme verwickelte sich Dahmen in Widersprüche und man stellte fest, daß er in dem Hotel, in dem er wohnte, bereits seit längerer Zeit Fische und Quartier schuldig gelassen sei und wiederholt erklärt habe, er erwarte Geld, und zwar ungefähr 120 Millionen. Ferner wurde festgestellt, daß ein Kuner, von dem Dahmen das Geld erhalten haben will, gar nicht existiert. Der einzige Träger dieses Namens stellt fest, daß er mit Dahmen nie etwas zu tun gehabt habe. Ferner stellte es sich heraus, daß am Kopfe des Dahmen keine Spur von Fischen zu bemerken ist, auch einige Chauffeurs, die in der Nähe ihren Standplatz haben, geben an, daß sie niemanden, der einen Ueberfall durchgeführt haben könnte, ge- sehen haben. Es spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß Dahmen den Ueberfall nur vor- getauscht hat. Dahmen ist ein Führer der Monarchisten und hat seinerzeit die Verhandlungen mit der Ostaragruppe geführt, die nicht nur den Genossen Birudek erschossen, sondern auch eine Reihe von weiteren Terror- akten in Wien begangen hat.

## Das Wiener Krematorium.

Die Christlichsozialen mit ihren Beschwerden endgültig abgewiesen.

Wien, 14. Juni. (Eigenbericht.) Die Christ- lichsozialen haben in der Frage des Krematoriums sich heute eine neue Blamage geholt. Bekanntlich hatte der Wiener Gemeinderat, als der Bürgermeister Reumann gezwungen wurde, den Erlaß der Ministerschmitt, wonach das Kre- matorium eingestellt werden müsse, durchzuführen, sofort beschloffen, den ersten Beschluß zu wiederholen und den Betrieb weiterzuführen. Dadurch war der Beschluß des Gemeinderats gegen einen Einspruch geschützt. Die Christlichsozialen haben nun gegen diesen Be- schluß eine Beschwerde an das Verwaltungs- gericht eingebracht, die sich darauf stützt, daß der Beschluß ohne Vorberatung in den Aus- schüssen gefaßt wurde. Der Verwaltungsgerichts- hof hat nun diese Beschwerde ohne Anbe- räumung einer mündlichen Tag- satzung abgewiesen mit der Begründung, daß der Gemeinderat das Recht habe, laut Ge- meindestatut in dringlichen Fällen ohne Vorberatung in den Ausschüssen einen Beschluß zu fassen.

## Schwerer Zugzusammenstoß in Berlin.

Zwei Tote, 20 Schwer- und 20 Leichtverletzte.

Berlin, 14. Juni. (Wolff.) Heute früh um 8 Uhr 30 Minuten stieß der Mag- deburger Personenzug mit einem vor dem Potsdamer Bahnhof haltenden vollbesetzten Vorortzug zusammen. Die mittleren Wagen des Vorortzuges wurden ineinandergeschoben und zum Teile umgeworfen. Zwei Personen wur- den hierbei getötet, 20 schwer- und 20 leicht verletzt. Die Eisenbahnerverwaltung hat das Rettungswesen und die Feuerwehrlösung zu Hilfe gerufen, welche zur Zeit damit beschäftigt sind, die Verletzten zu bergen und den Krankenhäusern zuzuführen.

Die Schuld an dem Unfall trifft den Fahr- dienstleiter im Befehlsstellwerk des Potsdamer Bahnhofes, der den Vorortzug durch Block zurück- meldete, ohne daß die Einfahrt des Zuges er- folgt war.

## Tages-Neuigkeiten.

Kreibich schreibt aus Moskau...

Kreibich, der Führer der deutschen Kom- munisten in der Tschechoslowakischen Republik, schreibt jetzt fast täglich Briefe aus Moskau, die der „Vorwärts“ veröffentlicht. Um den Arbeit- lern einen Begriff von dem hohen Wert der Arbeit zu geben, die Kreibich in Moskau leistet, wollen wir folgende Zitate aus seinem letzten „Moskauer Brief“ („Vorwärts“ vom 14. Juni) wiedergeben:

- „Sozialdemokratische Schmodereien“,
- „Lügenstrolche“,
- „Ihre Lügen“,
- „der Prager daische sozialdemokratische Schmoder“,

- „diese Vurschen“,
- „Gehähter“,
- „Bande“,
- „keine konterrevolutionäre oder weißgardistische Lumperei und Niedertracht, an der nicht auch die wackeren Menschewiki und Esser beteiligt wären“,
- „geistverwundete Blätter der Arbeitermörder von Halle“,
- „die Vurschen, wie z. B. der Schmod des Prager „Sozialdemokrat“,
- „Prager Schmoder“,
- „Prager Kassehansjuden, die nur daisch reden“,
- „der Prager sozialdemokratische Schmod“,
- „Prager Kille“,
- „degenerierte Bourgeoisjuden“ ...

All dies in einem Artikel von etwas mehr als einer Spalte! Welch' hohes Niveau, welch' tiefe kommunistisch-revolutionäre Erziehungs- und Bildungsarbeit!

## Der „überfallene“ Monarchist.

Der Wiener Monarchistenführer Dahmen fingiert einen Raubüberfall.

Wien, 14. Juni. (Eigenbericht.) Heute um Mitternacht hat ein Polizist den ehemaligen Bezirksamtshauptmann und jetzigen Führer der Mon- archisten Dahmen auf der Straße liegend auf- gefunden. Dahmen stellte sich betäubt und er- klarte dann, er sei auf der Straße plötzlich von einem Manne überfallen und durch Schläge auf den Kopf betäubt worden, wobei ihm ein Bäcken mit 170 Millionen Krone, das er in der Hand trug, abhandeln gekommen sei. Er erklärte, er habe das Geld von einem

### Schutz der Arbeitergesundheit!

Eine Kampagne zum Schutz der Fünf-Tage Woche in den Vereinigten Staaten.

Aus New York wird uns gemeldet: Eine Kampagne zum Schutz der Fünf-Tage Woche für die Maler, Anstreicher und auch für die Putzmacher wird das erste greifbare Resultat der Jahres-Konferenz des Workers Health Bureau sein. Die Fünf-Tage-Woche ist von den Malerarbeitern in ganz Groß-New York fest etabliert, und auch die Putzmacher erfreuen sich, wenn auch nicht in dem Umfang, der 40stündigen Maximalarbeitszeit in New York und Connecticut. Diese beiden Gewerbe sind entschlossen, weiter in der Richtung bahnbrechend zu wirken, um schließlich allen gesundheitschädlichen Berufen ein gutes Beispiel zu geben.

In einer Konferenz wurde bereits eine Gesundheits-Beratungsstelle für Gewerkschaften gebildet, in welcher Gewerkschafts-Delegierte von Wisconsin, New York, Pennsylvania, Connecticut, Massachusetts, New Jersey vertreten sind und dem sich auch die Gewerkschaftler anderer Staaten anschließen dürften. Pläne für eine sich über das ganze Land erstreckende Kampagne wurden ausgearbeitet, um folgende Ziele zu erreichen:

1. Organisierung der Gewerkschaftsmittel oder in gefährlichen Berufen auf dem Felde der Gesundheit.
2. Gesundheitsmaßnahmen zum Schutz der Arbeiter in allen künftigen Tarifverträgen.
3. Ausarbeitung von Forderungen an die Bundes-, Staats- und Municipalbehörden, durch besondere Bestimmungen für den Schutz der bei öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter zu sorgen, wenn die Verwendung giftiger Stoffe und andere Gefahren in Frage kommen.
4. Hinweis an alle Schulräte, daß Jünglinge in allen Gewerkschaften besonders gegen solche Gefahren für Leben und Gesundheit gefeit werden, die aus dem Erlernen eines Berufes erwachsen mögen.
5. Beseitigung derartig gefährlicher Maschinen, wie z. B. Farbenspritz (Paint Spraying Machine) bis die Gewähr wirksamen Schutzes bei ihrer Verwendung gegeben ist.
6. Aufhebung aller Übertreibungen der gesetzlichen Gesundheitsregel und Bestimmungen.
7. Propagierung einheitlicher Kompensations-Bestimmungen für Berufskrankheiten.
8. Die Eliminierung gesundheitschädlicher Materialien, wo immer zufriedenstellende Ersatzmittel gefunden wurden.
9. Die Erlangung von Staatsgesetzen, laut welchen alle gefährlichen Materialien mit leicht sichtbaren Aufschriften versehen sind, die den Giftgehalt angeben.

Die Kampagne für die Durchsetzung dieser neuen Forderungen wird vom Workers Health Bureau sofort in allen in Beratungs-Komitee vertretenen Staaten in die Wege geleitet werden.

**Immer auf der Höhe.** Im Jänner 1919 wurde bekanntlich Rosa Luxemburg ermordet. Das „Rude Pravo“ würdigt den fünften Jahrestag dieser Tat gestern, am 14. Juni, in einer sogenannten Spitznotiz „Vor fünf Jahren“. Haffentlich vergißt das „Rude Pravo“ nicht, zu behaupten, daß am 28. Juli dieses Jahres zehn Jahre seit dem Ausbruch des Weltkrieges verstrichen sind.

**Die Sünden der Schwarzen sollen vertuscht werden.** Die Merikalen wollen immer nachweisen, daß die Katecheten in den Schulen ganz besonders korrekt handeln. Im Komotauer Bezirk wurde jedoch zum Leidwesen der Schwarzen wieder einmal das Gegenteil festgestellt, so daß ein Lehrer beim Bezirkschulausschuß gegen einen Katecheten die Anklage erhob, weil dieser in der Freiheitsfrage mit nicht ganz einwandfreien Mitteln „nachhalf“. Der Bezirkschulausschuß hat nun an alle Schulleitungen das Verhalten des Katecheten bekanntgegeben, was die Tepler „Volkspost“ veranlaßt, dagegen zu warnen, denn dadurch werde das „Ansehen des Katecheten“ sehr geschädigt. Wenn die Merikalen gegen die freizeithlichen Lehrer gehen, dann wissen sie nichts davon, daß dadurch das Ansehen der Lehrer geschädigt wird. Wir wüßten übrigens Abhilfe zu schaffen: Die Pfaffen mögen sich einwandfrei benehmen oder überhaupt nicht mehr in die Schule kommen, dann wird sich niemand über sie bekümmern.

**Schluß der Zeugeneinvernahme im Benzinprozeß.** Bei der gestrigen Verhandlung wurde nach einigen unwesentlichen Einvernahmen die Zeugeneinvernahme geschlossen. Zu Beginn der Verhandlung gab es allerdings einen Zwischenfall: Der Verteidiger Dr. Schauer verwarf sich gegen eine Glasse im „Rude Pravo“, in der darauf bezug genommen wird, daß Dr. Svotel sich mit seinem Verteidiger duze. Die Erklärung Dr. Schauers wurde protokolliert, worauf Dr. Svotel, der Verteidiger Dr. Svotel's, erklärte, daß er für seine Verteidigung nicht einen Heller verlange. Bemerkenswert war ferner die Aussage Dr. Brauners, eines Beamten der Naphthalinpolizei, der feststellte, daß die Naphthalinpolizei eine einzige russische und tschechische Firma sei, die das Mineralölgeschäft betreibt. Es wurde schließlich zur Verlesung der Protokolle geschritten.

**Wolkenbruchkatastrophe im Reichetal.** Im Gebiete der Wesserschleibe Semerich-Wuschu-ullersdorf ging in der Nacht auf gestern zwischen drei und vier Uhr früh ein schwerer Wolkenbruch nieder, der seine größte Stärke gegen vier Uhr früh erreichte. Die riesigen Wassermassen verwandelten, so meldet die „Prager Abendzeitung“ den kleinen Gerstbach, der bei Strapan in die Neiße mündet, in einen reißenden Strom, der auf seinem Wege großen Schaden angerichtet hat. Auch in dem übrigen Gebiet der Neiße er-

folgten große Ueberschwemmungen. Die Tal-sperre in Voigtsbach wurde zum Ueberlaufen gebracht. Straßen wurden derart überschwemmt, daß sie nicht passierbar waren. Auf dem Wege durch das Reichetal richteten die Wassermassen allen erdenklichen Schaden an, Brücken, Fabrikswehren und Schleusen wurden weggerissen, leichte Holzbauten davon geschwemmt. Alles, was am Ufer lag, nahm der reißende Strom mit sich und richtete an Häusern und Betrieben große Verwüstungen an. Die Bewohner des Reichetales mußten zum Teile fluchtartig ihre Häuser verlassen, um ihr Leben zu retten. In Mochendorf fand ein Mann den Tod in den Fluten. Seit 1807 ist keine solche Katastrophe im Reichgebiet zu verzeichnen gewesen.

**Die Hotelverhältnisse in Nordböhmen, Nordmähren, Slowakei und Prag** sind unhaltbar geworden. Geschäftsreisende, Touristen, Beamte, führen berechtigte Klagen darüber, daß sie für die Unterkunft und Verköstigung in diesen Gebieten mehr aufwenden müssen als es die herkömmlichen Diäten betragen. Die „armen“ Hotells sind kaum geworden, nicht nur die platonischen Maßnahmen des Ernährungsministeriums, aber auch die berechtigten Einwendungen der Organisation der Geschäftsreisenden haben keine Ergebnisse gezeigt und sogar Klagen beim Wuchergericht haben sie keines besseren gelehrt. Sie stützen sich einfach darauf, daß die Nachfrage höher ist als das Angebot, da sie in einzelnen Städten ganz ohne Konkurrenz dastehen und diffieren einfach nach allen Richtungen die Preise nach eigenem Gutdünken. Wie war es sonst möglich, daß ein Hotel Gehling in Gablonz oder ein Hotel Röhlin in Brüx für ein Zimmer dreimal so hohe Preise verlangt, als ein zumindest ebenso eingerichteter Hotel in Pardubitz, Königgrätz, Caslau usw.? Wie wir von der Union der Geschäftsreisenden in Prag erfahren, bedingte sich eben eine spontane Aktion im Zuge, dahingehend, daß diese Hotels von den Geschäftsreisenden zu meiden sind und daß die gesamte Kollegenschaft ihre berufliche Tätigkeit derart einrichtet, daß sie in diesen Städten, da dort eben kein anderes Hotel für Geschäftsreisende besteht, selbst um den Preis eigener Bequemlichkeit nicht nächtigt. Vielleicht bringt diese Willensäußerung der Reisenden die betreffenden Herren und auch das Ernährungsministerium zur Besinnung, denn es ist höchste Zeit und im Interesse der Hotelbesitzer selbst gelegen, daß einmal auch in den Hotels Ordnung gemacht wird. An die Öffentlichkeit wird aber auch hiermit der Appell gerichtet, diese gewiß berechtigte und zum Wohle der Allgemeinheit führende Aktion nach besten Kräften zu unterstützen.

**Großer Zollschwindel in Polnisch-Tscheken.** Aus Mähr.-Ost. wird gemeldet, daß man im polnischen Teil des Tschener Bezirkes auf die Spur großer Zollschwindelaktionen gekommen ist. Der Skandal, in den außer einer Reihe Zollbeamte zahlreiche Großkaufleute in Tscheken, Weiß-, Krakau und Wien verwickelt sind, flog dieser Tage auf. Es bestand ein geheim eingerichteter privater Frachtdienst über die tschechoslowakisch-polnische Grenze, der die geheime Einfuhr ganzer Eisenbahnzüge mit Luxusartikeln nach Polen besorgte. Der Schaden, den der polnische Staat erlitt, geht in die Billionen.

**Druckfehlerberichtigung.** Unsere gestrige Inlandsnotiz „Der Agrarier Windisch und die Arbeitslosigkeit“ enthält einen sinnverfälschenden Druckfehler. Aus der „Charakterfestigkeit“ der Arbeiter wurde im Druck eine Charakterlosigkeit.

**Das Saargebiet — ein unlösbare Teil Deutschlands.** Auf dem Parteitag des VVPD erklärte die auf dem linken Flügel der Partei stehende Abg. Genossin Sender, welche das Saargebiet vertritt, das Saargebiet sei nach dem Versaller Vertrage nicht territorial, sondern nur Verwaltungstechnisch von Deutschland abgetrennt und der Treuhänderschaft des Völkerbundes unterstellt. Zwecklos seien 99 2/3 Prozent der Bevölkerung deutsch und wollen deutsch bleiben. Wir nehmen, sagte Genossin Sender, an allem heißen Anteil und denken, nach elf Jahren wieder zu Deutschland und zur deutschen Partei zurückzutreten, u. zw. in eine wohl ausgearbeitete Republik. Wir sind ein unlösbarer Teil Deutschlands und der deutschen Sozialdemokratie.

**Warnung vor der Auswanderung nach Frankreich und der Schweiz.** Die tschechoslowakischen Vertretungsbehörden in Frankreich und der Schweiz warnen alle in Frankreich und der Schweiz arbeitssuchenden Personen, insbesondere aber Arbeiter vor der Einreise in diese Länder ohne eine schriftliche Zusicherung des Arbeitgebers auf eine Anstellung. Außerdem müssen sie eine Bewilligung der zuständigen ausländischen Behörde nicht nur zur Einreise, sondern auch zum Aufenthalt haben, was ebenso für Frankreich wie für die Schweiz gilt. Jeder in die genannten Länder Reisende muß über genügende Mittel verfügen und darf weder mit der Unterstützung der tschechoslowakischen Vertretungsbehörden oder seitens landsmännischer Vereine rechnen. In den erwähnten Ländern ist es gerade gegenwärtig schwierig, eine Beschäftigung zu finden, da in den verschiedenen Industriezweigen Arbeitslosigkeit herrscht.

**Ein völkischer Held.** Ein Säule der Völkischen ist der tschechische Judenfresser und Urtautone Artur Dinter, der Führer der Völkischen in Thüringer Landtag. Dieser Rufer im Streit für deutsches Heldentum war im Kriege Hauptmann bei einer Bagage-Kolonnie hinter der Front in Russland. Sein Verhalten während dieser Zeit war nichts weniger als tschisch und heldenhaft. Die in Regensburg erscheinende „Deutsche Volkswacht“ berichtet über Herrn Dinter: „Dinter

klagt gegen Syndikus Kammerer, weil dieser ihn öffentlich der Heuchelei beschuldigt hatte. Als Zeuge der Anwandlung Dinters, Oberleutnant Dresse, und erklärte: Hauptmann Dinter habe sich überaus nervös und ängstlich gezeigt und dadurch auf die Mannschaft einen recht furchterregenden Eindruck gemacht. Die Frage des Gerichtsvorsitzenden, ob er Dinter für einen mutlosen und feigen Soldaten halte, beantwortete der Oberleutnant mit einem lauten Ja!“

**Ein riesiger Pfingstverkehr** stellte an die Münchener Verkehrsverwaltung und das Personal ungewöhnliche Anforderungen. An den Schaltern des Hauptbahnhofes wurden am Samstag 83.000, am Sonntag 93.000 und am Montag 61.000 Fahrkarten abgegeben. Der Verkehr konnte nur dadurch bewältigt werden, daß rund 250 Züge über die regelmäßig verkehrende Zahl hinaus nach allen Richtungen hin abgefertigt wurden.

**Die christlichsoziale Nordhege.** Aus Linz wird uns über einen Gerichtsfall gemeldet: Der Schuhmachermeister Otto Wimböck — ein Christlichsozialer — sah eines Vormittags mit einem Freunde beim Frischhoppfen beim „Bücker im Rat“ und politisierte. Er sagte unter anderem, die „Volksauflöser“ sollten alle aufgehängt werden und insbesondere für Zeitungshefter müßte die Prügelstrafe eingeführt werden. Auch den Bürgermeister Damesch als Herausgeber des sozialdemokratischen „Tagblattes“ solle man hängen. Damesch, dem diese Reden hinterbracht wurden, klagte den Wimböck wegen Ehrenbeleidigung. Bei der Verhandlung vor dem Linzer Bezirksgericht wiederholte Wimböck seine Beschimpfungen. Er sagte: „Die sozialdemokratischen Heber, wie Damesch und seine Genossen, sind Verbrecher und gehören auf den Galgen.“ Der Richter verurteilte den Worbhörer bloß zu 800.000 Kronen Geldstrafe.

**Oesterreichs Völkerbundnisse.** Wie die „Neue freie Presse“ aus Genf erfährt, hat das Finanzkomitee des Völkerbundes vorgeschlagen, vor der endgültigen Entscheidung über die Höhe des Normalbudgets in Oesterreich und die Verwendung der Kreditreste im August in Wien eine Enquete über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Oesterreichs abzuhalten. Das Kontrollkomitee empfiehlt dem oesterreichischen Komitee des Völkerbundes, die Vorschläge des Finanzkomitees anzunehmen, wonach im August eine Kommission des Finanzkomitees nach Wien kommen, mit der oesterreichischen Regierung und dem Generalratungsrat die oesterreichische Frage beraten und dem Völkerbund darüber berichten und Anträge erstatten soll, so daß im September die Verhandlungen über die finanziellen Fragen von neuem im Angriff genommen werden können.

**Am den Thron Albanens.** Die „Tribuna“ meldet aus Belgrad, daß die katholischen Kreise Albanens für die Berufung eines italienischen Prinzen auf den Thron Albanens Propaganda machen. Der Sitz der Regierung soll nach Skutari verlegt werden.

**Buch und Radio.** Die „New York Public Library“ berichtet, im letzten Jahre sei die Zahl der ausgeliehenen Bände gegen das Vorjahr um 385.633 zurückgegangen. Da keine Leihgebühr erhoben wird und die Bevölkerung immerfort zunimmt — 100.000 Seelen im Jahr — so ist sicherlich eine Erklärung für diese Erscheinung nicht leicht. Die Bibliotheksverwaltung meint, es liege ihr nicht genug Geld zur Verfügung, abgegriffene und zerlesene Bücher zu ersetzen, aber dieser Grund kann die rapide Abnahme der Leser doch nicht ganz erklären. Man bringt den Rückgang mit dem gewaltigen Absatz von Radio-Apparaten in Verbindung. Nachdem schon in früheren Jahren Jazz, Film und Grammophon dem Lesen starken Abtrag getan haben, sind in manchen Familien die Bücher vollständig durch den Lautsprecher verdrängt worden.

**Vertrauen für Papanastasiu.** Nach einer lebhaften Debatte, welche die ganze Nacht über dauerte, hat die griechische Nationalversammlung mit 199 gegen 21 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, nach welcher dem Kabinett Papanastasiu das Vertrauen ausgesprochen wird.

**Mit Gasbomben gegen einen Expresszug.** Der großzügigste räuberische Ueberfall in Amerika wurde Freitag auf den Chicago-Express, 30 Meilen hinter Chicago, verübt und zwar auf der Fahrt nach Milwaukee und St. Paul. Das 70 Mann starke Wachungspersonal wurde von einem Dutzend Räuber überwältigt. Drei maskierte Individuen verbargen sich zwischen dem Tender und dem ersten Wagen, tauchten während der Fahrt auf, erzwangen mit Revolvern das Aufhalten des Zuges auf offener Strecke. Sobald das rote Licht aufflammte, erschienen auf der Strecke zwölf maskierte Personen in zwei Automobilen. Das Zugpersonal schaltete die Lichter ab und sperrte sämtliche Waggons, die Banditen aber warfen durch die Fenster Gasbomben in die Abteile, das Zugpersonal wurde herausgeholt, die Waggons aufgeschlossen und die Räuber forderten detailliert bestimmte Positionen der Federalreservebanken nach Milwaukee, Minnesota, St. Paul, Helena und anderen Orten sowie für Privatgebrauch einen Saal, welcher nach Montana adressiert war. Man zwang das Personal, 45 reformierte Sendungen sowie die erwähnte mysteriöse Rundsendung auf die Automobile zu tragen und verschwand unter Zurücklassung von Gasmasken, einer Flasche Nitroglycerin, eines Quantums Dynamit, sowie Blutspuren, da einer der Räuber irrtümlich von einem seiner Komplizen erschossen wurde. 500 Mann nahmen sofort die Verfolgung auf, da die Behörden der Ansicht sind, das wichtigste sei die Ermittlung der Informationen, da man sonst andere Postzüge ähnlichen Ueberfällen aussetzen würde.

**Ein Roman aus dem Leben.** Als San Francisco im Jahre 1851 von Verbrechern terrorisiert wurde, die aus den Goldfeldern nach der Stadt am goldenen Tor strömten, organisierte William T. Coleman ein Vigilanz-Komitee, welches kurzen Prozeß mit den Mordbuben machte, sie einfach aufhängte, wodurch bald die Ordnung wieder hergestellt wurde. Im Jahre 1856 mußte Coleman abermals sein Vigilanz-Komitee zusammenrufen, das die Ausrottung des Verbrecherelements unternahm. Wieder, im Jahre 1877, organisierte Coleman ein Sicherheits-Komitee, das, von der Staatsmacht unterstützt, den sogenannten „Sand Loos-Ausschreitungen ein Ende machte. Er erwarb ein großes Vermögen und wurde als Kandidat für Gouverneur, sogar für Präsident vorgeschlagen. Er starb im Jahre 1893, Robert Louis Coleman, sein Sohn, mit Mitteln reich versehen, seine angeborene Abenteuerlust zu befriedigen, reiste in Arabien, als er am 6. April von Briganten ermordet wurde, wie man vermutet, aus politischen Motiven. Am selben Tag starb sein Neffe, W. T. Coleman der Dritte in San Francisco, um 1 Uhr nachts. Da Robert L. Coleman um 10 Uhr morgens ermordet worden war und der Zeitunterschied neun Stunden beträgt, so müssen die beiden ungefähr um dieselbe Zeit gestorben sein. Von der Entscheidung, wer von den beiden jungen Männern zuerst starb, hängt es ab, wer der Erbe von 500.000 Dollars sein wird. Man darf gespannt sein, wie die Frage gelöst werden wird und gelöst werden kann. Vielleicht handelt es sich nur um einige Minuten, aber wie das feststellen? Der Fall wird vor den Gerichten zur Austragung kommen, und jedenfalls wird für die Untersucher und Rechtsgelehrten, welche die gegnerischen Erbberechtigten vertreten, ein ansehnlicher Happen von der halben Million abfallen.

**Autounfall.** Wie die Blätter berichten, ist dem Pariser Deputierten Berton auf der Rückreise von Versailles ein Unfall geschehen. Sein Automobil stieß mit einem anderen zusammen. Der Deputierte erlitt eine Verletzung der Schulter. Seine Frau wurde ebenfalls verletzt.

**Die Prager Straßenbahnlinie.** In der letzten Prager Stadtratssitzung erstattete der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Prager städtischen elektrischen Unternehmungen Bericht über die Verhandlungen des Verwaltungsrates in Angelegenheit der Ermäßigung der Fahrpreise. Er wies darauf hin, daß man äußerst vorsichtig vorgehen müsse, da die elektrischen Unternehmungen vor großen Aufgaben ständen. — Die Einführung eines einheitlichen Ein-Kronen-Tarifes hätte eine Herabsetzung der Einnahmen um 20 Millionen Kronen jährlich zur Folge, was ein Defizit herbeiführen würde. Gegenwärtig könne man nicht zur Herabsetzung schreiten, obwohl der Verwaltungsrat die Angelegenheit gewissenhaft erwogen habe. Es werde zu einer Regelung kommen, insbesondere zu einer Ermäßigung der Abonnementskarten.

**Neubau-Einkauf in Prag.** Gestern um 9 Uhr kürzte eines von den drei vierstöckigen Neubauten Häusern in der bisher unbenannten Gasse in Prager Hofschowitz zwischen der Letohradka und der Dobrovolska ul. zusammen. Das Mauerwerk schlug vom Dachboden bis ins erste Stockwerk und rief den dort arbeitenden Hilfsarbeiter Adalbert Bodleka, 27 Jahre alt, in Zillau, Rodbravoda 75, hochhaft, durch die Decke bis in das erste Stockwerk mit. Er erhielt leichte Verletzungen an beiden Schläfen. Sonst kam niemand zu Schaden. Die Fortsetzung der Bauarbeiten wurde polizeilich verboten und das Stadtbauamt von dem Vorfall verständigt.

**Wetterübersicht vom 14. Juni.** Das mitteleuropäische Tiefdruckgebiet veranlaßte in der Nacht von Freitag auf Samstag in Böhmen und in der Nordslowakei ungewöhnlich starke Niederschläge. Von Abend bis früh fielen in Gzer 33, in Prag 50, in Milowitz bei Jungbunzlau 76, in Drauzh Dobrogamof 43 Millimeter. In Prag hielt der starke Regen von 22 bis 5 Uhr an. In den übrigen Gebieten waren die Regenmengen zwar gleichfalls erheblich, doch etwas geringer. Nach- und Witterungsschwert 24, Brünn 28, Prazau 8, Troppau 8, Labor 11, Auffs 15, Jnaim 8, Preßburg 14, Kaschau 7 Millimeter. Gleichzeitig trat eine starke Abkühlung ein. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Veränderlich, Schauer, kühl, frischer Nordwestwind.

### Fortbestand des Realgymnasiums Heinrichsgasse.

Es wird uns mitgeteilt: Die in den letzten Tagen verbreiteten Nachrichten über eine Sperrung der ersten Klasse des II. deutschen Staatsrealgymnasiums Prag II, Heinrichsgasse 9, sind infolge der Intervention der deutschen Abgeordneten und Senatoren gegenstandslos geworden. Der Minister selbst hat den Bestand dieser Anstalt in uneingeschränkter Form garantiert. Daber ist nicht nur gar keine zwingende Notwendigkeit gegeben, irgendeinen Schüler dieser Anstalt zu entziehen, sondern es ist vielmehr im Gegenteil Pflicht jedes Deutschen, durch Zuführung von Schülern den Bestand dieser deutschen Bildungstätte für kommende Zeiten zu sichern. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß diese Anstalt den Schülern besondere Vorteile (Englischunterricht von der 3. Klasse an, Unterstützungsbesenen vollkommen und vorbildlich ausgebaut usw.) bietet. Alle, die an dieser Schule und ihrem Weiterbestand ein Interesse haben, werden dringend ersucht, sich Freitag, den 20. Juni um 7 1/2 Uhr abends im Zeichen-saale der Schule Heinrichsgasse 9 zu einem Eltern-abende einzufinden. Ingenieur Viktor Raubitschek, Prag I., Mikulaska 10, erteilt bereitwillig als Obmann des Elternbeirates alle näheren Auskünfte.

# Vollswirtschaft.

## Achtstundentag und Baugewerbe.

### Unerschütterte Gesetzesverletzungen.

Nach Artikel I. der Verordnung des Ministers für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien vom 11. Jänner 1919, Zg. Nr. 11, ist das Baugewerbe, soweit die Arbeit auf den Bauplänen in Betracht kommt, in jene Betriebe eingereiht worden, bei welchen die Einteilung der Arbeitszeit an Stelle der im § 1, Abs. 1, des Gesetzes vom 19. Dezember 1918, Zg. Nr. 91, vorgesehenen Regelung in einem Zeitraum von vier Wochen unter der Bedingung durchgeführt werden kann, daß die gesamte Arbeitszeit in diesem Zeitraum 192 Stunden nicht überschreiten darf.

Diese durch die zitierte Verordnung für das Baugewerbe eingeräumte Ausnahmestellung bei Einreihung der gebliebenen achtstündigen Arbeitszeit, wird von vielen Bauunternehmungen zur Uebertretung des Gesetzes vom 19. Dezember 1918, Zg. Nr. 91, mißbraucht.

Zehn und noch mehr Stunden tägliche Arbeitszeit sind im Baugewerbe keine Seltenheit. Neben dieser regelmäßigen Uebertretung der gesetzlichen Arbeitszeit werden auch die im § 3 vorgeschriebenen Pausen, weder für die jugendlichen Arbeitnehmer noch für Arbeiter über 18 Jahre alt, eingehalten.

Aus der Fülle dieser Gesetzesverletzungen einige konkrete Fälle als Beweis.

Auf den Wohnhaus- und Stallbauten der Artilleriecasernen in Reichenberg, Baumeister J. Bokorn aus Rünigsdorf; auf den Bauten der tschechischen Bau- und Wohnungsgenossenschaft in Reichenberg in der Gustav Schirmerstraße in Reichenberg, Baumeister Karl Carpiar aus Chotibor; den Bauten der tschechischen Bau- und Wohnungsgenossenschaft in Reichenberg auf dem Kaiserenspaß, Friedrich Römer, Baumeister aus Rosenthal I.; den Bauten der Firma J. Möller u. Co., Rosenthal I., in Ober-Rosenthal; bei den Bauten der Firma Jof. Schäfer, Baumeister in Dörfel, in Köchlich; den Bauten des Baumeisters Bedert aus Reichenberg, zwischen der Theodor Körner- und Ruppertsdorferstraße; den Bauten der Firma Siebel u. Söhne aus Maffersdorf, in der Habichstraße in Reichenberg; bei den Bauwerken Brückner, Kaiser u. Kella, Lang u. Comp., Sering, Seel u. Glaser in Bodenbach; bei Baumeister Klein in Tschernitz; bei der Firma Steidl in Dur; bei Maurermeister Knobloch in Klostergrab; der Firma Campe in Ofjetz; bei Baumeister Christl in Falkenau bei Baumeister Redvasil aus Prag auf den Bauten der Zuderfabrik Westhädel, ist der Achtstundentag ein unbekannter Begriff. Bei diesen Firmen werden fast täglich zehn bis vierzehn und noch mehr Stunden gearbeitet. Auf den Bauten der Firma Redvasil in Westhädel bis vierzehn Stunden täglich ohne jede Unterbrechung. Im besonderen Umfange sind die Gesetzesverletzungen im Gablonzer Bezirk festzustellen. Aber auch in den hier nicht angeführten Bezirken sind unzählige Fälle von Ueberschreitungen des Achtstundentages zu verzeichnen. Gegen diese Anarchie sind vom Deutschen Bauarbeiterverband, Zg. Reichenberg, wiederholt Anzeigen bei den zuständigen politischen Bezirksverwaltungen und Gewerbeinspektoraten erstattet worden. Eine Änderung ist bisher noch nicht eingetreten.

Auf Grund dieser Tatsachen stellen die Abg. Gen. Hausmann und Schuster im Abgeordnetenhaus die nachstehenden Fragen an den Minister für soziale Fürsorge: 1. Sind dem Herrn Minister für soziale Fürsorge diese ungezählten Gesetzesverletzungen bekannt? 2. Ist der Herr Minister bereit, unverzüglich veranlassen zu lassen, daß diese Gesetzesverletzungen sofort angehalten und die Gesetzesübertreter zur Verantwortung gezogen werden? 3. Ist der Herr Minister bereit, dafür Sorge zu tragen, daß, insofern noch Arbeitslose vorhanden sind, für das Baugewerbe weder von den Gewerbeinspektoraten, noch von den politischen Landesverwaltungen Ueberschunden bewilligt werden?

Von der Tagung des Internationalen Arbeitsamtes. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, der von der polnischen Regierung von dem Schiedsrichtern der direkten Verhandlungen zwischen der polnischen und deutschen Regierung bezüglich der Uebersetzung der Sozialversicherungsabkommens in dem Polen zurückgebliebenen Teile Oberschlesiens benachrichtigt wurde, beschloß, die im Artikel 312 des Verfallener Vertrages vorgesehene fünfjährige Kommission einzusetzen. Er ernannte die drei Experten, die zusammen mit einem Vertreter der deutschen und einem der polnischen Regierung die Bedingungen dieser Uebersetzung prüfen werden. — Der Verwaltungsrat prüfte sodann den ihm vom Völkerbundsrat unterbreiteten Vorschlag betreffend Uebersetzung des vom Oberkommissariat für die russischen Flüchtlinge unternommenen Werkes an das Internationale Arbeitsamt. Nach einem Meinungsaustausche ernannte der Verwaltungsrat aus seiner Mitte vier Mitglieder, die sich mit dem Völkerbundsrat in Verbindung setzen sollen, um vor einer Beschlußfassung alle ergänzenden Aufklärungen zu erhalten. Schließlich nahm der Rat den Bericht der Unterkommission, sowie denjenigen seiner Budgetkommission an.

Die Verwendung des norwegischen Arbeitsmittels. 70.000 Arbeiter waren in Norwegen seit Monaten ausgesperrt, beziehungsweise standen sie im Sympathiestreik mit den Aussperrten. Die Unternehmer haben den Gewerkschaften zugemutet,

daß sie für ihre Mitglieder für die Einhaltung der Tarifverträge auch finanziell haften sollen, selbst bei Streiks, die ohne ihre Einwilligung ausgebrochen sind. Die Aussperrung wurde erst jetzt beendet, die Verhandlungen über das neue Tarifabkommen werden erst nach Aufnahme der Arbeit eingeleitet. Die von den Gewerkschaften verlangten Sicherheiten wurden fallengelassen.

Niederländischer Zolltarif. Der niederländische Finanzminister hat bei der Zweiten Kammer den Entwurf eines Zolltarifes eingebracht, wonach die Einfuhrabgaben, die bisher durchschnittlich fünf Prozent betragen, auf acht Prozent erhöht werden sollen. Der Minister erhofft davon eine Mehreinnahme von 13 Millionen Gulden.

Was kostet das Geld? Der Zinsfuß, zu welchem Geld als Darlehen erhältlich ist, wird von den Notenbanken der einzelnen Staaten geregelt. Der Privatbankzinsfuß, das heißt der Zinsfuß, zu welchem andere Geldgeber als die Notenbanken Darlehen gewähren, steigt in der Regel niedriger zu sein, als der von der Notenbank, der „Bank der Banken“, festgesetzte „Bankzinsfuß“. Das zum Beispiel in Deutschland gegenwärtig das Gegenteil der Fall ist und der Privatbankzinsfuß seit langem sehr beträchtlich höher steht als der Reichsbankzinsfuß, ist ein abnormaler Zustand, der den glücklichen Inhabern von Reichsbankdarlehen zu riesigen Gewinnen verhalf. Gegenwärtig beträgt der Bankzinsfuß in den verschiedenen Ländern: England, die Vereinigten Staaten und die Schweiz 4 Prozent, Holland 5 Prozent, Schweden, Belgien, Italien 5,5 Prozent, Frankreich, Rußland, Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien 6 Prozent, Norwegen, Dänemark 7 Prozent, Japan 8 Prozent, Finnland, Portugal 9 Prozent, Deutschland, Ungarn 10 Prozent, Oesterreich 12 Prozent.

### Mitteilung aus dem Publikum.

#### Das Beste für Ihre Augen

liefert Optiker Deutsch, Prag,  
Graben 25, KL. Wasser.

1302

Allen unseren lieben Gästen teilen wir mit, daß wir aus dem Kaffee Kizza geschieden sind und danken ihnen für das entgegengebrachte Wohlwollen. Wir bitten uns dasselbe auch fernerhin zu bewahren.

Anton und Albine Schmezerreich.

Ihr Rheuma werden Sie in Tepliz nur dann kurieren, wenn Sie sich am Abend nicht verfühlen. Kaufen Sie sich daher vor Ihrer Abreise resp. auf der Durchreise durch Prag einen eleganten Sommermantel oder Cape bei Busch, Damen- und Mädchenkonfektion en gros u. en detail, Prag, Příkopův 7, Großer Bazar (Mitte des Grabens) nur 1. Stock (keine Schaufenster, Eingang vom Haus). Pechschickung frei, mittags geöffnet. 2802

Ein Millionär zu werden, strebt jeder gerne an. Die Gelegenheit dazu bietet sich durch Beteiligung an der Klassenlotterie. Zu gewinnen sind: 1 Million, 1 Prämie K 700.000.—, 1 Haupttreffer K 300.000.—, 200.000.—, 3 je 100.000.—, 2 je 90.000.—, 3 je 80.000.—, 3 je 70.000.— usw., usw., durch Bestellung eines Loses bei der allgemein bekannten und vom Glücke begünstigten Geschäftsstelle Josef Stein, Prag II, Riegrova nám. 2 (Hilfale Karlsbad, Markt 3), welche bereits viele, viele Millionen an ihre glücklichen Kunden ausbezahlt hat. Das Glück dieser Firma ist sprichwörtlich. Wir verweisen auf die Beilage unserer heutigen Zeitung. Der geringe Vorrat an Glückstufen dieser Stelle ist immer sehr bald erschöpft. Man bestelle daher noch heute per Postkarte. Preise: ein ganzes Los K 52.—, ½ Los K 26.—, ¼ Los K 13.—. 2757 a

## Kunst und Wissen.

Gastspiel Erika Gläbner. (Kleine Bühne.) „Die Mary“ von Siegf. Geher. Wenn es wahr ist, daß sich die Kunst des Schauspielers erst dort wirklich zeigt, wo er aus eigenem zu schaffen gezwungen ist, weil ihn der Dichter im Stiche läßt, so hat sich in der vorgestrigen Fortsetzung ihres Gastspiels Erika Gläbner auf der Höhe ihres dramatischen Könnens als weiblicher Komiker gezeigt. „Die Mary“ ist weder ein neues noch ein besonderes Stück. In der Absicht, ein Bild des Entwicklungsanges eines Mädchens aus der sogenannten „guten Gesellschaft“ zu zeichnen und unter dem Eindruck von Schnitzlers „Anatol“, dem der Autor gar zu gern ein weibliches Berliner Pendant, die Mary zur Seite stellen würde, läßt er diese Absicht gar zu sehr merken, wodurch man verstimmt würde, wäre diese Mary nicht eben der weibliche Falenberg Erika Gläbner. Diese freilich macht aus Schwächen des Dialogs im Handlungsverlauf humorvolle Meisterstücke und lakiert Stellen, wo dem Schriftsteller wenig einfällt, mit eigenem Witz, mit Erfindungen ihrer lebendigen mitreißenden Kunst. Man weiß eigentlich nicht, welche der vier Phasen ihrer Mary man mehr bewundern soll: den Pädagogischen, der mit den Gymnasialkassen erotische Erfahrungen austauscht, das unternehmungslustige Mädchen, das den gefeierten Schauspieler im Hotelzimmer besucht und eine erotische Enttäuschung erleidet, die Demi Bierge, die genierisch ihre Liebhaber täuscht und — empört ist, wenn sie gestürzt wird oder die reise Frau Mary, die sich für unerwartete Fälle ihren Reizen gegenüber politisch zu rächen weiß. — In allen diesen Phasen

aber liegt das Darstellungs- und Ausdruckvermögen, die Fähigkeit der Gläbner, mit einem pikanten Wachen, einer Geste zu charakterisieren, mit einem Worte, einer Betonung zu ironisieren über den spröden Stoff. Sie zieht ihre Mitspieler mit: die S. Berstl, Pittschau, Eggert, Stadler wärmten sich an ihrer Flamme, das Publikum aber war entzückt. — „Liss, die Kokotte“ von Siegf. Geher. — Diese Fortsetzung des Gastspiels bestätigt nur das oben Gesagte, sowohl was dem genannten Autor, als auch, was seine Darstellerin angeht. Geher hat noch am meisten Glück mit der Daseinsbildung; daher amüsierten trotz der Schwäche der Handlung diese verschiedenen „Wider“ aus dem Leben einer Kokotte, die zufällig „Liss“ heißt, die gepfändet wird, durch Zufall und schlaue Komödie eine alte „Burgen“ erwirbt, durch einen weiteren dessen junge unverdorbene Gattin „erzählt“, deren ebenso unerfahrenen Liebhaber „belehrt“ und schließlich seelenruhig und der Situation gewachsen, „eine Generalversammlung“ aller alten und jungen männlichen Liebhaber in der neuangestatteten Wohnung abhält. — Daß aber „Liss, die Kokotte“ allen diesen Situationen gewachsen, daß sie trotz aller nur denkbaren Derbheit die Grenze des Möglichen einhält, stets komisch und nie gemein wirkt, das ermöglicht nur die Kunst Erika Gläbners. Ohne sie wäre dieses Stück auf der Bühne eines Theaters unmöglich. Mit ihr werden Szenen, wie diese Liss im Werte einen hungrigen Affen nimmt, sich an unangenehmster Stelle mit einer Nadel pickt, klärende Reden mit einem Tuche als Toilette draapiert usw., zu humoristischen Kunstwerken. — Vom unserem Ensemble assistierte der Gastin am besten Stadler; Maria Schmidt war als tugendhaftes und liebesbedürftiges Frauen ein reizender Gegensatz zu der kraftvollen Animalität dieser Liss. — Das Publikum war entzückt; die „Liss“ hat ihre Vorgängerinnen „Oretchen“ und „Mary“, wenn dies möglich ist, noch übertroffen. Dr. K. E.

Josef Manowarda von der Wiener Staatsoper sang am Freitag im „Faut“ von Gounod den Mephisto. In Prag hatten wir Gelegenheit, bisher alle lebenden berühmten Vertreter des Mephisto kennen zu lernen: Den Italiener Arimondi, den Russen Balkanoff und den Deutschen Böhmens. Manowarda hatte daher keinen leichten Stand, mit seiner Leistung die Erinnerung an diese ganz großen Künstler vergessen zu machen. Um so mehr, als seine Mephisto-Darstellung über das Konventionelle nicht hinausragt und eher wohlwollend-bezügig als diabolisch-faszinierend ist. Auch stimmlich überzeugte dieser Mephisto nicht immer, da ihm die kernige Tiefe fehlt und der scheppernde Klang seines Organs störend wirkt. Die Aufführung war übrigens auch im allgemeinen wenig erfreulich; einigen Sängerinnen und Sängern war sogar das Gehör abhanden gekommen. Und Kapellmeister Eitel's schleppende musikalische Leitung wirkte direkt ermüdend. —ok

Gastspiel Marie Gutheil-Schoder „Elektra“. Anlässlich des 60. Geburtstages von Richard Strauß wird kommenden Samstag dessen „Elektra“ neu einstudiert und in neuer Besetzung in den Spielplan aufgenommen werden. Die Titelpartie singt Marie Gutheil-Schoder a. G. Dirigent: Alexander Zemlinsky. Kartenverkauf ab Dienstag.

Als nächste Operettennovität gelangt kommenden Sonntag Cullers „Der ledige Schwiegersohn“ zur Aufführung.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Sonntag „Die Meisterfinger“; Montag „Minna von Barnhelm“; Dienstag „Erwartung“, „Heure espagnole“; Mittwoch „Die blaue Maus“; Donnerstag „Peer Gynt“; Freitag „Die schöne Galathee“, „Vera Violetta“; Samstag „Elektra“; Sonntag nachmittags „Tiefenland“, abends „Der ledige Schwiegersohn“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Sonntag nachmittags „Mary“, abends sowie Montag und Dienstag „Liss, die Kokotte“; Mittwoch „Komödie um Rosa“; Donnerstag „Der Fürst von Bappenheim“; Freitag „Die Sache mit Lola“; Samstag „Das Kamel geht durch das Nadelöhr“; Sonntag „Die Sache mit Lola“.

**Piering-Sent u. Essig**  
ist der beste!

zu haben in allen Konsum-Verelnen

**Frauenwelt**  
Eine Halbmonatschrift.  
Jede Nummer K 2.—  
Zu beziehen durch die  
**Boltsbuchhandlung**  
Ernst Sattler  
Karlsbad, Kerag Palace

**Lachen Lints!**  
Das neue deutsche Witzblatt erscheint wöchentlich.  
Jede Nummer K 1.10.  
Zu beziehen durch die  
**Boltsbuchhandlung**  
Kremer & Co.  
Teplitz-Schönan,  
Theresienstraße 18-20.

**Bezirksverwaltungscommission Gablonz a. N.**  
Krankenhausbetriebsauschuss  
Nr. 239 ai 1924. am 13. Juni 1924.

## Öffentliche Ausschreibung.

Im Grunde des Beschlusses der Bezirksverwaltungscommission in Gablonz a. N. vom 13. Mai 1924 werden hiemit die Abfärbelungsarbeiten für sämtliche Gebäude des Bezirkskrankenhauses in Gablonz a. N. zur Beiverbung öffentlich ausgeschrieben.

In die Anbotunterlagen kann in der Kanzlei der Bezirksverwaltungscommission am 16. Juni 1924 Einsicht genommen werden. Die bezügl. Anbote sind bis 20. Juni 1924 12 Uhr mittags in der Kanzlei der Bezirksverwaltungscommission in Gablonz a. N., Neuer Markt 2, 1. Stock, zu überreichen.

Der Vorsitzende: Ed. Ludw. Redhammer.

Kochendes Wasser + KIMI = ausgezeichnete Pindsuppe

**Wasser + KIMI**

Zu beziehen durch die  
**Boltsbuchhandlung**  
Kremer & Co.  
Teplitz-Schönan,  
Theresienstraße 18-20.

## Bereinsnachrichten.

### Ein Glas Wasser.

„Ein Glas Wasser“ im „Brau-Urania-Rino“. Ein seltenes Kabinettstück reifler Schauspielkunst bieten Lucie Höflich und Rudolf Rittner (Lady Marlborough und Lord Bolingbroke). Das Wiener Spiel, die spöttischen, feinen Gebärden der beiden Gegenspieler in den eingefädelten Intrigen ergehen in meisterhafter Weise das gesprochene Wort. Heute: 8 und 8 Uhr. Morgen Montag 8 Uhr. Auch für Jugendliche unter 16 Jahren zugänglich. 2817

## Turnen und Sport.

### Erstes Bundes-Turnfest in Karlsbad.

#### Und weiter zum Ziel!

Die Vorbereitungen für das I. Bundes-Turnfest werden durch die politischen Kämpfe im Arbeiter-Turnerbund zwar erschwert, aber nicht aufgehoben. Wenn ein Teil des Bundes die Mitwirkung verweigert, so wollen wir unsere Arbeit verdoppeln, um das Fest in seiner ganzen Größe durchzuführen.

Wir sind überzeugt, daß wir in Ehren vor der turnerischen und der Arbeiteröffentlichkeit bestehen werden.

Die Turner werden das Ihre leisten, wir hoffen aber, daß auch die sozialistische Arbeiterschaft des ganzen Staates am Plage ist.

Neben den Sonderzügen der Turner werden solche für andere Festbesucher geführt werden, so daß auch jene Genossen, die nur den Sonntag zur Verfügung haben, am Hauptfesttage in Karlsbad teilnehmen können. Diese Züge werden so geführt, daß sie frühzeitig ab Bodenbach, Aussig, Teplitz, Saaz, sowie von jedem anderen Ort, wo 300 Teilnehmer sind, abgehen und in der Nacht wieder eintreffen. Meldungen bei den Vereinsleitungen der Turnvereine schnellstens vornehmen.

Es muß der Stolz jedes Arbeiters sein, an der Manifestation für proletarische Körperkultur teilzunehmen. Jeder wird mit Freude im Herzen und stolzer Befriedigung an das Fest zurückdenken.

#### Kommt in Massen!

Aus eigener Kraft, mit Hilfe der Arbeiterschaft müssen wir das Fest finanziell sichern.

Keine reichen Spender greifen für uns in den Geldsack. Jedes Bundesmitglied ist verpflichtet, eine Garantiefondsmarke zu 5 K zu kaufen.

Für Nichtmitglieder haben wir eine schöne Garantiefondsmarke zu 1 K geschaffen, die in den Betrieben, Versammlungen und bei allen Zusammenkünften vertrieben werden sollen.

Solche Marken werden allen Organisationen auf Wunsch zur Verfügung gestellt.

Wacht davon Gebrauch! und verlangt Garantiefondsmarken vom Arbeiter-Turnerbund in Aussig. Die freie Turnerschaft wird Euch die Solidarität durch noch eifrigere Arbeit im Dienste des Proletariats danken.

Hest alle mit! Seid untre Gäste!  
Frei Heil! zum I. Bundes-Turnfest!

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cernoh. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-K.G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Polih.

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte

**„APEC“ und „MORRELL“**  
1201 Vertreter für die Cechoslowakei:  
**Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.**  
Druckerschrift „Rostra“. Telefon 6627